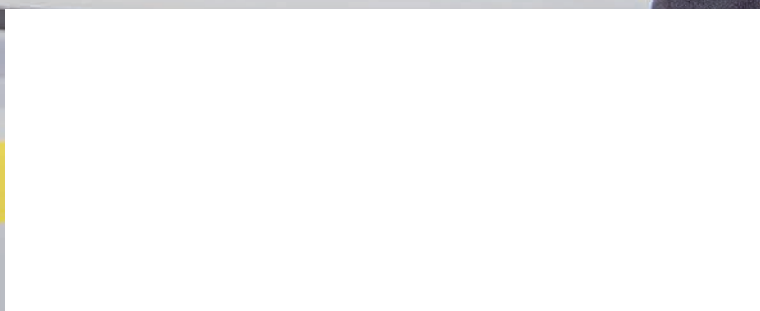


SOUVERÄN

Annegret Kramp-Karrenbauer
und Paul Ziemiak



**Die neue
Führungsspitze -
zusammenführen
und zusammen
führen**



DAS MAGAZIN FÜR EIN ENTSPANNTES ÄLTERWERDEN.

Informativ. Mutmachend. Heiter.



Jeden
Monat **NEU**
in Ihrer
Apotheke

www.senioren-ratgeber.de



6+10

IMPRESSUM

Herausgeber:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag:

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Eschenstraße 17
83233 Bernau/Chiemsee
Telefon 08051-6401271
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Siegfried Balleis, Andreas Dripke,
Annegret Kramp-Karrenbauer,
Dr. Reinhard Klopffleisch, Dr. Peter
Liese, Dr. Martin Pabst, Susanne R.
Wellmann, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:

Adobe Stock, 123rf, CDU/Laurence
Chaperon, CDU/Tobias Koch, Aus-
trian Federal Ministry of Defense,
Institute for Peace Support and
Conflict Management
Titelfoto: CDU/Sönke Ehlers

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.

6 Mit Mut und Optimismus zu neuer Stärke

Die neue Parteivorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, beschreibt, worauf es ihr bei der Neuausrichtung der CDU ankommt.

10 Ein offenes Ohr für die Senioren-Union

Wie der neue Generalsekretär Paul Ziemiak die Partei positionieren und neu organisieren will.

12 Energiewende: Droht der Blackout mit dem Kohleausstieg?

Viele fürchten, dass die Energieversorgung künftig unsicherer wird. Ein Blick auf den Sachstand nach den Beschlüssen der sog. Kohlekommission.

16 An der Lebensrealität unserer Gesellschaft vorbeigedacht

Ein Interview mit dem zweitjüngsten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Philipp Amthor, zu den politischen Vorstellungen der Grünen.

18 Fluch oder Segen für die Menschheit?

Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) sorgt im Zusammenhang mit dem Megathema Digitalisierung für gesellschaftspolitische Diskussionen.

21 Wenn uns die digitalen Systeme besser kennen als wir uns selbst

Behörden und Unternehmen arbeiten dem Anschein nach Hand in Hand, um uns zu gläsernen Bürgern und nackten Verbrauchern zu machen.

26 Stunde null in Syrien?

Nach sieben Jahren, rund 500.000 Toten sowie 13 Millionen Flüchtlingen scheint der Krieg in Syrien weitgehend beendet. Konturen einer Nachkriegsordnung ...

30 Kampf gegen den Krebs

Fast jeder vierte Deutsche stirbt an Krebs. Jetzt macht die größte Fraktion im Europäischen Parlament den Kampf gegen diese heimtückische Krankheit zu ihrer Priorität.

38 Wichtige Rechtsfragen für Seniorinnen und Senioren / Teil III

Gütertrennung oder Zugewinnngemeinschaft – was ist hinsichtlich Schenkungen und Erbschaften zu berücksichtigen?



21



26

- 24 Initiativen
- 33 Aus der Senioren-Union
- 36 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)
- 37 Leserbrief
- 39 Buchtipps

*Selbst mußte dann Sie hören
wie sie über diesen sind Freude,*

Nur noch wenige Monate bleiben uns bis zu den Europawahlen am 26. Mai 2019.

„Europa außer Rand und Band! Partnerschaften gehen zu Ende! Europa nur noch hilfloser Betrachter der Weltpolitik! Die globale Ordnung löst sich auf! Europa, ein erschöpfter Kontinent! Träger Kontinent gibt sich auf!“, so lauten im Vorfeld der Auseinandersetzung um die Sitze im Europaparlament die Urteile namhafter Kommentatoren, die sicherlich gern eine andere, positivere Ausgangslage der Alten Welt beschrieben und eine erfreulichere Entwicklung für sie prognostiziert hätten. Was sollen bei solchen Aussagen dann noch Europawahlen bewegen so fragen sich die Bürger, wenn die Politik der Europäer ohnehin nur eines beweist: wie gering der Einfluss des alten Kontinents in der Welt geworden ist und er vermutlich schon bald im globalen Wettbewerb neuer, großer Mächte nur noch deren Spielball sein wird ohne eigene Gestaltungsmöglichkeiten.

Wenn der US-Präsident Trump beispielsweise ohne Rücksicht auf die Europäer den strategischen Rückzug seiner Truppen aus dem brandgefährlichen Nahen Osten verkündet, dann muss er wissen, dass ein solch abgrundtiefer Dilettantismus nur ein neues politisches Vakuum schafft und das Kräfteverhältnis dort noch brüchiger und unberechenbarer macht. Nicht sein Land, aber Europa wird sich einmal mehr auf eine neue und große Flüchtlingswelle aus dem Mittleren Osten einstellen müssen, unabhängig davon, was überhaupt Krieg und neue Unruhen an weiteren Gefahren für unseren gemeinsamen Erdball heraufbeschwören. Doch welche Mittel stehen Europa zur Verfügung, diesen unverzeihlichen Leichtsinn zu stoppen? Reichen seine eigenen Stärken aus, spezielle europäische Lösungen anzubieten und diese sogar durchzusetzen? Die Antworten verstummen im Nebel. Bleiben wir auf dem Teppich, ohne die Amerikaner, trotz Trump, stehen die Europäer in ihrer Sicherheit auf

sehr, sehr tönernen Füßen. Sie geben sich nicht einmal die Mühe, für die eigenen Sicherheitsinteressen eine Entente cordiale zu finden, die glaubwürdig erscheint. Nicht genug damit: Welchen wirtschaftlichen Entwicklungen in der Welt sehen wir uns gegenüber, die uns Europäer größte Schwierigkeiten bereiten können? Angesichts der globalen Herausforderungen fasst man sich an den Kopf, wenn beispielsweise unser Land sich tagelang mit der von Schlagzeilen begleiteten Frage beschäftigt, ob der Parteivorsitzende der Grünen mit oder ohne triftige Gründe „Facebook“ seine Sympathie entzogen hat. Haben die Deutschen Probleme!

Ich frage mich, welche Probleme hingegen für die Autobauer von Mercedes über BMW bis Volkswagen wohl auftauchen können, wenn sie mehr als 40 Prozent ihrer produzierten Fahrzeuge nach China exportieren, was eine großartige Leistung ist und Bewunderung verdient, dann aber plötzlich eine globale Welt vor Augen haben, die, unabhängig von ihrer Leistung, China dazu bewegen sollte, auf eine veränderte politische Gemengelage auf seine Art und nach seinen Interessen zu antworten. Solche Entwicklungen können für alle Länder Europas ein Problem werden. Wer wird in solchen Situationen der Stärkere sein, die Chinesen oder die Europäer? Die Frage sollte jedenfalls erlaubt sein!

Übrigens nach 14 Jahren Bauzeit ist der Panneflughafen Berlin immer noch nicht fertig, so er überhaupt noch einmal fertig wird. Dazu sollte man anmerken, dass im gar nicht fernen China bereits in weniger als vier Jahren ein weit größerer Flughafen in Peking aus dem Boden gestampft wurde und in der Zeit, in der bereits am Flughafen Berlin vor sich hin gewerkelt wird, 60 neue Airports gleicher Größe und noch größer von den Chinesen der staunenden Öffentlichkeit präsentiert werden konnten. Im Bereich der Deutschen Bahn gehört es zur Normalität, dass die Schnellzüge immer unpünktlicher und auch technisch maroder werden. Die Chinesen haben Schnellzüge entwickelt, die

die Strecke Peking – Shanghai, vergleichbar mit Hamburg – Mailand, in weniger als 4 ½ Stunden zurücklegen, vor allem auf die Minute genau. Unwillkürlich denkt man an die Zeit zurück, als in Deutschland eine Magnetschwebebahn zum Staunen der Welt entwickelt wurde, deren Bau man abgelehnt, die Technik aber an die Chinesen verkauft hat. Im fernen Asien feierte man solches Gelingen als einen großen Erfolg und pries die globale Entwicklung eines Staates, der noch kurze Zeit zuvor als Entwicklungsland eingestuft wurde. Wie man in Europa mit moderner Technik und ihrer Konkurrenzfähigkeit umgeht, war vor noch nicht ganz so fernen Tagen zu erfahren. Von einer Europa-Behörde wurde eine deutsch-französische Kooperation, die den technischen Vorsprung von Hochgeschwindigkeitszügen sichern und noch erfolgreicher ausdehnen sollte, untersagt. Außerhalb Europas lacht man aber über solche Dummheiten überhaupt nicht, dort genießt man sie vielmehr als große Chance.

Und was die Elektrofahrzeuge anbelangt, haben die Europäer schon lange den Fortschritt verschlafen. Gleiches gilt für den immer bedeutungsvoller werdenden digitalen Markt. Die amerikanischen Anbieter bestimmen den Takt, allein die Chinesen haben es sich nicht nehmen lassen, ebenfalls Dirigenten zu stellen. Glauben wir in Europa noch allen Ernstes, mit einer desaströs kleinstaatlichen Politik Erfolge zu ergattern? Mehr denn je ist es für die Europäer, und das gilt insbesondere für uns Deutsche, eine Überlebensfrage, ob wir die Kraft aufbringen, gegen die enormen Herausforderungen der neuen Machtzentren in der Welt zu bestehen. Kein Staat in Europa, so ist nun einmal die Realität, und da beißt die Maus auch keinen Faden ab, ist in der Lage, dieser Entwicklung allein Paroli zu bieten. Wenn nationalistische Dummköpfe und tumbe Ewiggestrige erneut geschlossene Grenzen in Europa vor Augen haben, Zölle und Handelsbeschränkungen fordern, dann muss jeder Deutsche wissen, dass unser deutsches Vaterland als Industrie- und

Exportnation politisch und wirtschaftlich bis auf den Grund des Bodens veröden würde. Jeder, der mit seiner Hände Arbeit sein Brot verdient, muss das wissen. Immer waren es nationalistische, verantwortungslose Strolche, die die Zerstörungen und Verwerfungen anrichteten und sich anschließend aus dem Staub machten. Den Wiederaufbau überließ man den freiheitlichen Demokraten, die der Not gehorchend ihre Pflicht taten. Niemand in unserem Land, der es ehrlich meint, darf diese Erfahrung vergessen.

Ich bleibe, jedenfalls in meinem Alter, ein unumkehrbarer Optimist, weil ich gelernt habe, dass mit Pessimismus die Zukunft nicht gewonnen werden kann, geschweige denn Wahlen zu gewinnen sind, und mit Pessimisten eine Politik auch nicht zum Besten führt. Je offener und mutiger wir uns in der Union zu einem starken, gemeinsamen Europa bekennen, das eine verantwortliche und hörbare Stimme in der Welt behält, die Vertrauen und Zuversicht schafft, umso eher verstummen die schrillen und widerwärtigen, nationalistischen Töne diesseits und jenseits der gottlob freien Grenzen Europas. Machen wir mit der CDU einen neuen gemeinsamen Vorstoß und lassen dabei ein gerüttelt' Maß an Begeisterung erkennen.

Der Brexit darf uns nicht entmutigen. Er wurde mit falschen Versprechungen und Ränkespielen erstritten, die eine sachliche Debatte blockiert haben. Jetzt merkt offensichtlich die Mehrheit auf der Insel, wie weitgehend Großbritannien bereits mit der EU verzahnt war und welcher Schaden der Brexit nicht nur für Europa, sondern noch mehr für das Vereinigte Königreich selbst auslöst. Großbritannien wird in die Gemeinschaft zurückkehren, da bin ich mir sicher, und freuen würde ich mich darüber auch. Die Briten bleiben für uns alle in Europa auch weiterhin unverzichtbar.

Franzosen und Deutsche haben nach dem Krieg eine Versöhnungspolitik gestaltet, die alle ihre Nachbarn mit großer Zustimmung verfolgt und der sie sich angeschlossen haben

und die Europa die längste Friedensperiode und den größten Wohlstand seiner Geschichte beschert hat. Die Zusammenarbeit von Franzosen und Deutschen war in Europa von beiden selbstverständlich nie als Exklusivität gedacht, weil sie von vornherein bewusst nicht auf Exklusivität angelegt wurde und wegen ihres Erfolges ihr auch die Riesenmehrheit der Europäer folgte und weiter aus Überzeugung folgen wird. Unsere Partei, die große und stolze CDU, die wohl erfolgreichste Volkspartei in der europäischen Nachkriegsgeschichte, hat zur europäischen Versöhnung und Verständigung einen unvergleichlichen Beitrag geleistet. Wir wären Hasenfüße und vergingen uns an der mit unermesslichen Opfern geleisteten Arbeit der Frauen und Männer, die mit ihrer ganzen Kraft und voller Überzeugung unter weitaus schwierigeren Bedingungen als heute für ein gemeinsames Europa Flagge gezeigt haben. Statt weniger brauchen wir mehr, viel mehr Europa, das mit einer neuen, nachhaltigen und gebündelten Kraftanstrengung dafür sorgt, nicht noch weiter in eine sicherheitspolitische, wirtschaftliche und soziale Bedeutungslosigkeit abzusinken, um schließlich in der 4. Liga der Weltpolitik als Konglomerat unbedeutend gewordener Staaten „hinter den Bergen“ mit anderen Zwergen das gemeinsame Los zu teilen. Die Erinnerung an die Zeit vor mehr als 70 Jahren verpflichtet uns einmal mehr zu einem ebenso eindrucksvollen wie treuen Bekenntnis zur europäischen Werteordnung und für die westliche Demokratiegesellschaft, die für uns alle unabdingbar bleibt. Es war Konrad Adenauer, der bereits 1953 in einer Rede vor dem „National Press Club“ in Washington erklärte: „Kein europäisches Volk ist allein in der Lage, sich militärisch zu schützen oder wirtschaftlich zu entwickeln. Bestünde man darauf, in der heutigen Welt die traditionellen Begriffe des Nationalismus hochzuhalten, so bedeutete dies die Aufgabe Europas!“ Die Seniorinnen und Senioren in der CDU wissen aus eigenem Erleben, was Verständnis und Zusammenarbeit, offene Grenzen und vor allem Frieden bedeuten. Zur Europawahl stellen sie sich als Kronzeugen!



Prof. Dr. Otto Wulff
Bundvorsitzender
der Senioren-Union
der CDU Deutschlands

Unser Wohlstand wird noch von einem anhaltenden Wirtschaftswachstum und einer guten Verfassung des Arbeitsmarkts getragen. Wir haben Rekordbeschäftigung, in vielen Regionen herrscht Vollbeschäftigung und die Schuldenuhr des Bundes läuft rückwärts. Diese gute Lage und das gute und sichere Leben in unserem Land sind und waren das Ergebnis der Arbeit aller, die sich dafür angestrengt haben. Aber wir erleben, dass unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, unsere Art zu leben unter Druck geraten – von innen und außen. Unsere Werte werden infrage gestellt, Gewissheiten lösen sich auf. Die Megatrends Digitalisierung, Globalisierung und der demografische Wandel werden unser tägliches Leben tiefgreifend verändern. Auch die Folgen der Klimakrise und der Kampf dagegen sind immer deutlicher im Leben der einzelnen Bürgerinnen und Bürger spürbar.

Darüber hinaus sehen wir, dass unsere Soziale Marktwirtschaft einem immer stärkeren, nicht immer fairen Wettbewerb etwa mit staatskapitalistischen Ländern wie China ausgesetzt ist. Wir sehen, dass Russland internationales Recht bricht. Nach Jahrzehnten atomarer Abrüstung erleben wir, dass Russland und die USA den INF-Vertrag gekündigt haben. Wir werden im Rahmen der Nato gegenüber den USA und gegenüber Russland weiter für ein Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckensysteme eintreten. Wir erleben, dass selbst Länder wie die USA den freien Welthandel infrage stellen. All diese Entwicklungen sorgen im Inneren – nicht nur in Deutschland – für Ängste und Sorgen. Populisten von links und rechts machen sich dies zunutze und setzen auf Nationalismus, auf Abschottung und mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft.

Für uns als CDU sind diese vielen Veränderungen unserer Zeit und das gewaltige Tempo ein Auftrag, Verantwortung zu übernehmen. Wir als CDU packen an! Denn das ist die Haltung, die uns seit unserer Gründung ausmacht. Helmut Kohl hat im Jahr 1990 völlig zu Recht die rhetorische Frage gestellt: „Wo ständen wir eigentlich heute in Deutschland, wenn in historischen Situationen unserer Geschichte die Zauderer und die Kleinmütigen die Geschicke unseres Vaterlandes bestimmt hätten?“

CDU im Aufbruch

MIT MUT UND OPTIMISMUS ZU NEUER *Stärke*

Von **Annegret Kramp-Karrenbauer**

Wenn wir uns in Europa und der Welt umschauen, können wir in diesem Frühjahr selbstbewusst feststellen: Deutschland ist nach wie vor ein stabiles Land mit einem funktionierenden Gemeinwesen mit politischer Verlässlichkeit.

Was wir jetzt tun müssen für Deutschland

Was müssen wir jetzt konkret tun? Erster Punkt: Unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit sind davon abhängig, wie erfolgreich unsere Wirtschaft in der Welt ist. Das Erwirtschaften kommt vor dem Verteilen. Deshalb müssen wir alles tun, damit unsere Unternehmen erfolgreich sind. Das ist der erste Schwerpunkt in unserem Arbeitsprogramm in diesem Jahr. Denn nur dann kann die Wirtschaft den Menschen dienen und nur dann können die Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer ihren verdienten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg bekommen.

Es kommt dabei entscheidend darauf an, dass Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Die Antwort darauf muss von uns kommen. Wir brauchen klare Konzepte, wie wir im Systemwettbewerb mit China bestehen. Wir müssen Lösungen finden, wie wir die Energiesicherheit unseres Industriestandorts langfristig sichern. Wir brauchen Antworten für die Zukunft der Automobilindustrie und anderer Schlüsselindustrien. Künftig wird es weniger wichtig sein,



© Foto: CDU / Laurence Chaperon

Wiedervereinigung. Jetzt wird er nicht mehr gebraucht, also muss er weg. So haben wir es auf unserem Bundesparteitag in Hamburg klar beschlossen.

Zweiter Schwerpunkt: Sicherheit

Der zweite Arbeitsschwerpunkt für uns als CDU ist in diesem Jahr das Thema Sicherheit. Die innere und äußere Sicherheit sind und bleiben eine Kernkompetenz der Union. Unser Werkstattgespräch im Februar zum Themenkomplex „Migration, Sicherheit und Integration“ war hier ein wichtiger Baustein. Gemeinsam mit der CSU, mit Praktikern und externen Experten haben wir alle Dimensionen des Themas besprochen – von den Herkunftsländern, über den Schutz der EU-Außengrenzen, die Asylverfahren und Rückführungen bis hin zur Integration. Dann haben wir konkrete Lösungen für konkrete Probleme entwickelt und wollen diese jetzt umsetzen.

Unsere Autorin:

Annegret Kramp-Karrenbauer, häufig auch mit ihren Initialen AKK benannt, ist seit dem 7. Dezember 2018 die Bundesvorsitzende der CDU. Sie war von August 2011 bis Februar 2018 Ministerpräsidentin des Saarlandes und ist seit November 2010 Mitglied im CDU-Bundespräsidium. Von Februar bis Dezember 2018 war sie Generalsekretärin der Partei.

welcher Motor im Auto eingebaut ist, sondern welche Software. Wir brauchen Ideen für unsere trägen Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland und die überbordende Bürokratie. Letzter Punkt: Wir müssen das Grundvertrauen in die Soziale Marktwirtschaft und ihre Werte erhalten. Der Diesel-Skandal oder extrem hohe Vergütungen für Manager haben dieses Vertrauen erschüttert. Zu diesem Punkt gehört übrigens auch, dass wir endlich die Mitte der Gesellschaft entlasten. Die SPD denkt mal wieder über Steuererhöhungen nach, gerade

für hochqualifizierte Fachkräfte und Mittelständler. Wir sagen: Das Gegenteil ist richtig, gerade jetzt, wo sich die Konjunktur etwas abkühlt. Wer sich anstrengt und an die Regeln hält, muss das auch auf seinem Gehaltszettel spüren. Die CDU-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dazu bereits einiges auf den Weg gebracht. Jetzt muss der nächste Schritt kommen: die vollständige Abschaffung des Soli. Wir haben den Bürgern damals gesagt, wir brauchen den Soli vorübergehend für die Kosten der

Unsere Sicherheit wird auch von außerhalb Europas bedroht. Deshalb stehen wir zur internationalen Verantwortung Deutschlands und Europas – nicht zuletzt aus eigenem Interesse. Wir dürfen aber nicht nur von internationaler Verantwortung reden, wir müssen vor allem auch in der Lage sein, diese wahrzunehmen. Dafür braucht es eine gut ausgestattete und einsatzfähige Bundeswehr, dafür braucht es militärische Fähigkeiten, dafür braucht es europäische und internationale Bündnisfähigkeit. Deshalb werden wir den Beschluss des Parteitags



*Wir haben es
selbst in der Hand,
ob Deutschland
wirtschaftlich
erfolgreich bleibt.*



in Hamburg zur Bundeswehr als Richtschnur des Handelns verwenden. Und wir werden Vorschläge für eine positive Gestaltung des transatlantischen Verhältnisses im Einklang mit unseren nationalen und europäischen Interessen formulieren.

Neue Ideen braucht das Land

Für viele der angesprochenen Themen brauchen wir neue, kreative Lösungen. Auch in unserem neuen Grundsatzprogramm. Wie ist der aktuelle Stand? Wir hatten 2018 eine sehr spannende Zuhör-Tour mit weit über 40 Terminen an der Basis. Aus den Fragen der Mitglieder haben wir 144 Leitfragen entwickelt und diese auf dem Bundesparteitag in Hamburg beschlossen. Unter diesen Fragen sind einige, die auch die ältere Generation betreffen beziehungsweise umtreiben. Zum Beispiel: „Wie fördern wir Verständnis füreinander und Ausgleich zwischen den Generationen?“ Oder: „Wie stärken wir einen respektvollen Umgang miteinander in unserem Land?“ Unter dem Titel „Mach es zu Deinem Programm“ können nun im ersten Halbjahr 2019 jedes Mitglied, jede Gliederung und jede Vereinigung Vorschläge für die Antworten auf die Leitfragen machen. Hier setze ich gerade auf den Erfahrungsschatz der Mitglieder der Senioren-Union. Meine Bitte: Machen Sie mit, bringen Sie sich ein! In der zweiten Jahreshälfte werden wir die Antworten dann in Klausuren und Debatten zu einem ersten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms zusammenführen. 2020 wollen wir das Programm auf unserem Bundesparteitag beschließen. Alle Informationen zu diesem Thema finden Sie unter www.cdu.de/grundsatzprogramm.

Wir kämpfen für eine starke CDU

Neben der inhaltlichen Arbeit steht in diesem Jahr aber auch Kärnerarbeit in wichtigen Wahlkämpfen an. Die Europawahl mit dem gemeinsamen Spitzenkandidaten von CDU und CSU, Manfred Weber, ist eine große Chance. Mit gemeinsamer Strategie, gemeinsamem Programm und gemeinsamen Kandidaten wollen wir als Union wieder die klar stärkste politische Kraft in Deutschland werden. Unser Motto lautet: „Für Deutschlands Zukunft. Unser Europa.“ Denn es wird nicht mehr ausreichen, sich proeuropäisch

zu geben. Wir müssen vielmehr beschreiben, wie unser Europa in Zukunft aussehen soll – mit Sicherheit im Innern, mit echten Fähigkeiten zur Übernahme von Verantwortung in der Welt und erfolgreich im Wettbewerb mit China und anderen globalen Akteuren. Europa darf nicht nur Empfänger strategischer Entscheidungen Dritter sein. Wir müssen als Europa selbst stark sein, um die globalen Regeln mitzugestalten. Besonders freut es mich, dass wir mit der CSU zurück zu neuer Geschlossenheit und zu neuer Gemeinsamkeit gefunden haben. Dabei wollen wir nicht nur personelle Geschlossenheit, sondern auch inhaltliche Geschlossenheit. Deshalb haben wir auf der Bundesvorstandsklausur in Potsdam beschlossen, dass CDU und CSU ein gemeinsames Programm für die Europawahl erarbeiten werden. Dieses wollen beide Parteien in ihren jeweiligen Vorstandssitzungen am 25. März beschließen.

Gleichzeitig mit der Europawahl finden die Bürgerschaftswahl in Bremen und Kommunalwahlen in zehn Ländern statt. Das ist nicht nur eine gute Chance, unsere Mitglieder und unsere Anhänger zu mobilisieren. Sondern es bietet auch die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass wir gleichzeitig Volkspartei und Europapartei sind. Wir kämpfen genauso für eine anständige Busverbindung in den Dörfern wie für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union. Im Herbst stehen dann die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen an. Die SPD hat schon verkündet, es ginge bei den Wahlen um Alles oder Nichts. Die Grünen werden diese Wahlen zum Kulturkampf gegen die AfD erklären. Und auch die Medien werden sich auf die Auseinandersetzung mit der AfD stürzen. Wir werden uns auf dieses Spiel nicht einlassen, sondern auf eigene Stärke und eigene Themen setzen. Denn die Bürger erwarten Antworten auf ihre Sorgen und Probleme. Und da haben wir mehr zu bieten als die etablierte Konkurrenz und erst recht als die Populisten von links und rechts. Deshalb

bin ich auch zuversichtlich, dass wir bei den Wahlen gut abschneiden werden.

Schwerpunkt: 30 Jahre Mauerfall

Wir werden die Wahlkämpfe in den neuen Ländern auch dazu nutzen, 30 Jahre nach dem Mauerfall das Erreichte zu bilanzieren und politische Ziele neu zu bestimmen. Das betrifft insbesondere die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Rente. Zudem wollen wir die Erinnerung an den Mut in Ost- und Mitteleuropa nutzen, um neue Brücken zu unseren östlichen Partnern zu schlagen. Konkret werden wir in einer Veranstaltungsreihe an wichtige Wegmarken dieser ganz besonderen Geschichte erinnern – das Aufbegehren der Solidarnosc, den Protest gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR im Jahr 1989, das Paneuropäische Picknick in Sopron oder das Ausharren von DDR-Bürgern in der Deutschen Botschaft in Prag. Schließlich wollen wir an den Mut der Ostdeutschen und den Anteil der CDU an der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erinnern. Die mutigen Menschen in der DDR haben das brutale SED-Regime friedlich zu Fall gebracht. Aber es war vor allem die CDU, namentlich Helmut Kohl, der die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit möglich gemacht hat.

Wir haben es selbst in der Hand

Sie sehen, wir haben viel zu tun. Packen wir es an – mit Mut und Optimismus: Wir haben es selbst in der Hand, ob Deutschland wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Wir haben es selbst in der Hand, ob Deutschland und Europa in der neuen Weltordnung eine starke Rolle auf der Weltbühne spielen. Wir haben es selbst in der Hand, dass die Globalisierung und die Digitalisierung den Menschen dienen. Und wir haben es selbst in der Hand, dass die Populisten von links und von rechts nicht die politische Agenda bestimmen. Wir müssen die Themen ansprechen und anpacken, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Genau da möchte ich als CDU-Vorsitzende ansetzen. Mit neuem Stil und neuen Antworten und einer klaren Haltung: Wir machen Politik für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes!



Ein attraktives Angebot. Auch beim Platz.



ÜBERZEUGT. VON ANFANG AN. Der T-Roc.

Ein Anblick, der sich doppelt lohnt: Als erstes Volkswagen CUV beeindruckt der T-Roc mit einer völlig neuen Formensprache – und sorgt mit seiner Ambientebeleuchtung auch im Interieur für eine ganz besondere Atmosphäre. Zudem beweist er mit einem Ladevolumen von bis zu 1.290 Litern, dass kompaktes Design und Alltagstauglichkeit wunderbar kooperieren können.



Volkswagen

Paul Ziemiak MdB, Ex-Chef der Jungen Union, ist seit dem 8. Dezember 2018 neuer Generalsekretär der CDU. Souverän fragte ihn nach seinen inhaltlichen Vorstellungen und Ambitionen im neuen Amt.



Souverän: Der Generalsekretär einer Partei ist zugleich organisatorischer wie politischer Gestalter. Wo möchten Sie die CDU in den kommenden Jahren positionieren?

Ziemiak: Ich möchte vor allem, dass die CDU die starke Volkspartei der Mitte bleibt. Das gilt gerade mit Blick auf die Verschiebungen in der deutschen und europäischen Parteienlandschaft. Die CDU, gemeinsam mit der CSU, ist eine der letzten Ankerparteien; in Deutschland angesichts der Schwäche der SPD sogar die

einzig verbliebene. Es hängt maßgeblich an uns, für politische Stabilität, Verlässlichkeit und Ordnung zu sorgen. Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden.

Als Vorsitzender der Jungen Union forderten Sie, das konservative Profil und der Patriotismus müssten gestärkt werden? Gilt das noch und kann die Partei dabei gleichzeitig jünger, moderner und weiblicher werden?

Im Interview

| Ein *offenes Ohr* FÜR DIE SENIOREN-UNION



Ja, natürlich gilt das noch. Ich glaube, wir haben in den vergangenen Jahren Mitgliedern und Anhängern vom konservativen Flügel nicht immer ausreichend ein Heimatgefühl geboten. Aber gleichzeitig ist klar: Die CDU bleibt nur erfolgreich und nur eine Volkspartei, wenn wir alle unsere Wurzeln lebendig halten: die wertkonservative, die christlich-soziale und die liberale. Und das ist gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung, damit wir jünger, moderner und weiblicher werden. Dann das gehört leider zur Wahrheit: Da haben wir Nachholbedarf.

Zuletzt hieß es aus den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Brandenburg, man könne sich auch eine Koalition mit der Linken vorstellen. Angesichts zunehmend zersplitterter Mehrheitsverhältnisse Gedankenspiel oder reale Option? Die CDU sieht sich aber doch als Partei des Rechtsstaats und der Fleißigen in der Mitte ...

Wir haben dazu auf dem Bundesparteitag in Hamburg einstimmig einen klaren Beschluss gefasst: Die CDU lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab. Ich gehe fest davon aus, dass sich alle an den Beschluss halten.

2019 könnte nicht nur wegen der anstehenden Europawahl ein entscheidendes Jahr für den alten Kontinent werden. Welche Vorstellung haben Sie vom künftigen Europa, mit welchen Reformen kann Europa für die Bürger wieder attraktiver werden?

Die Hauptbotschaft der Union im Europawahlkampf muss sein: Es geht bei der Europawahl nicht um die Frage ‚mehr oder weniger Europa‘. Es geht um die Frage: Welches Europa? Der Wahlkampf der Union muss der Devise folgen: Europa richtig machen. Wir haben uns deshalb auch für das Motto entschieden: „Für Deutschlands Zukunft. Unser Europa.“ Es drückt aus, dass es um das große Ganze geht. Wir handeln in Europa aus unserem ureigenen Interesse heraus. Es geht nicht nur um wirtschaftliche Stärke, es geht um unser Selbstverständnis als Land, als Nation, aber eben auch als Regierungspartei. Wir wollen das Beste für unser Land, wir wollen seine Zukunft gestalten. Uns geht es darum, die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen zu bieten und deutlich zu machen, dass es einen Unterschied macht, wer Europas Geschicke leitet.

“

Ich glaube, wir haben in den vergangenen Jahren Mitgliedern und Anhängern vom konservativen Flügel nicht immer ausreichend ein Heimatgefühl geboten.

”


Was möchten Sie innerparteilich bewirken? Wie will die CDU beispielsweise künftig mit ihren Mitgliedern kommunizieren? Spielen dabei auch Printmedien wie das Mitgliedermagazin weiterhin eine Rolle?

Ich möchte daran mitarbeiten, unsere Partei weiter für die Zukunft aufzustellen. Wir haben mit der Parteireform „Meine CDU 2017“ bereits einige wichtige Schritte unternommen, was unsere Parteikultur, unsere Organisation und unserer Kommunikation angeht. Dazu gehört, dass wir auf Veränderungen reagieren. Die Bürger und auch unsere Parteimitglieder wollen Medien zum Beispiel ganz individuell nutzen: manche auf dem Smartphone, manche am PC und anderen gedruckt. Das bedeutet: Wir müssen unsere Inhalte auf die verschiedenen Kanäle zuschneiden.

Wie könnte angesichts des demografischen Wandels eine intensiviertere Zusammenarbeit mit der Senioren-Union aussehen?

Der demografische Wandel ist ein Thema für die ganze Gesellschaft. Aber es wäre gut, wenn die Senioren gerade bei diesem Thema nicht nur ihre Erfahrung und ihr Wissen einbringen, sondern vor allem ihre Haltung. Denn mir imponiert immer wieder, dass die Senioren-Union nicht generationenegoistisch ist, sondern auch die Jüngeren im Blick hat.

Wollen Sie den Dialog der Generationen, den Sie mit dem SU-Vorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff geführt haben, als Generalsekretär der CDU in der Union der Generationen fortsetzen? Welche Themen sollten dabei auf der Agenda stehen?

Die Union der Generationen war bis jetzt ein großer Erfolg. Ich denke gerne an die gemeinsamen Auftritte und gemeinsamen inhaltlichen Vorstöße mit Otto Wulff zurück. Ich würde mich freuen, wenn mein Nachfolger als JU-Vorsitzender diesen Dialog fortsetzt. Und weil ich nicht nur von diesen Auftritten weiß, welch großer Schatz an Erfahrung und Wissen bei unseren älteren Mitgliedern vorhanden ist, hat die Senioren-Union bei mir als Generalsekretär immer ein offenes Ohr. 

Raus aus der Atomkraft – raus aus der Braunkohle, viele Menschen fürchten, dass unsere Energieversorgung nun teurer und unsicherer wird. Hier erst einmal ein nüchterner Blick auf den aktuellen Sachstand ...

Der Winter Ende Januar 2019 war in Deutschland keineswegs extrem. Allerdings lagen die Temperaturen erwartungsgemäß oftmals unter null, und das trieb den Stromverbrauch in Rekordnähe. Kraftwerke liefen auf Hochtouren, fast rund um die Uhr, die benötigte Höchstlast stieg auf bis zu 80 Gigawatt an, so viel, wie die Kapazität aller Atom-, Gas- und Kohlekraftwerke hierzulande gerade noch hergibt. Kein Grund zur Sorge: Die Versorgung war jederzeit gesichert.

Und Sonne, Wind und Wasser, die Hoffnungsträger der Energiewende? Mittlerweile sind bereits rund 110 Gigawatt erneuerbare Energien etabliert, und das reicht im Sommer oftmals aus, um die Stromnachfrage zur Gänze zu befriedigen. Dann müssen Atom und Kohle Pause machen, denn die laufenden Kosten bei Stromerzeugung aus Wind und Sonne sind unvergleichlich günstig. Mittlerweile ist ihr Beitrag zur Stromversorgung im Jahresmittel fast auf 40 Prozent gestiegen, die Bundesregierung plant, diesen Anteil bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern.

Doch Strom ist ein scheues Reh. Er lässt sich nur mit hohem Aufwand einsperren, spricht speichern, wird in der Regel unmittelbar nach der Erzeugung auch verbraucht. Sonne und Wind andererseits liefern nur, wenn es ihnen passt. Was war ihr Beitrag in jenen späten Januartagen? Sie waren immerhin mit maximal 35 Gigawatt dabei, mittags am 28. und 30. Januar, als die Sonne mittags vor allem im Osten blinzelte und eine steife Brise im Norden ausreichend Rotoren antrieb. Nicht schlecht, möchte man meinen, entspricht dies doch ungefähr dem Jahresmittel. Schon die Windflaute am 29. mittags drückte indessen ihren Beitrag auf weniger als 20 Gigawatt, und am Abend des 29., als die Sonne hinter dem Horizont verschwand, waren es weniger als 15 Gigawatt, vorwiegend Wasserkraft. Doch gerade an diesem Abend stieg die Nachfrage noch einmal an, sodass die traditionellen Energien noch mal zulegen mussten und dann rund 80 Prozent zur aktuellen Stromversorgung beisteuerten.

Noch reichen die Kapazitäten aus konventionellen Kraftwerken aus, um selbst in extremen Wintersituationen, wenn die Sonne selbst mittags gar nichts liefert und der Wind sich totstellt, die notwendige „Residualenergie“ zu liefern, um Versorgungssicherheit herzustellen. Dann werden mitunter mehr als 90 Prozent des aktuell benötigten Stroms konventionell erzeugt. Doch das Aus des Atomstroms, früher mal rund ein Viertel der etablierten Leistung, ist besiegelt, das letzte Kernkraftwerk macht 2022 die Lichter aus. Und Ende Januar 2019 hat die Regierungskommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“, kurz „Kohlekommission“, in ihrem Endbericht einstimmig dekretiert, dass auch die bestehenden Stein- und Braunkohlekraftwerke, immerhin noch

Energiewende

/ DROHT DER

Black

MIT DEM **KOHLEAUSSTIEG?**





out

mehr als 40 Gigawatt sichere Leistung, bis spätestens 2038 allmählich verschwinden sollen. Der Grund ist bekannt: Klimaschutz, zu dem wir uns aus guten Gründen unter anderem im Pariser Abkommen von 2015 verbindlich verpflichtet haben. Nur mit dem Kohleausstieg ist das Sektorziel für die Energiewirtschaft erreichbar, im Jahr 2030 fast

zwei Drittel weniger Kohlendioxid auszustoßen als im Jahr 1990.

Die Entscheidung war einvernehmlich und wird mitgetragen von den Spitzen der Industrie und der Umweltverbände, der Gewerkschaften und den Vertretern aus Bund und Ländern. Die Bundesregierung, ohnehin in Zugzwang wegen des Verfehlens des selbstgesteckten Klimaziels für 2020, steht in der Verpflichtung, sie umzusetzen.

Da drängt sich die Frage auf: Wie würde es bestellt sein mit der Versorgungssicherheit im Januar des Jahres 2039, wenn von den traditionellen, flexiblen Kraftwerken lediglich noch Gaskraftwerke zur Verfügung stünden, vorwiegend betrieben in klimafreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung, also mit Wärmeauskopplung zur optimalen Nutzung? Und die erneuerbaren Energien, vorwiegend wetterabhängige wie Wind und Solar, den Löwenanteil des übers Jahr benötigten Stroms beisteuern werden? Droht nicht dann zumal im Winter der regelmäßige Blackout, wenn Sonne und Wind wetterfühlig ihre Dienste einstellen? Oder muss etwa die viertgrößte Industrienation der Welt mangels ausreichend Stroms dann am besten geplant und geordnet schon vorsorglich spätestens am 31. Oktober jeden Jahres einfach in Winterschlaf versinken? Die Kohlekommission hat sich in ihrem Bericht ausführlich Gedanken gemacht, wie die Versorgungssicherheit auch ohne Kohle und Atom jederzeit hergestellt werden kann. Ja, umgekehrt: Sie hat festgelegt, dass der Kohleausstieg in regelmäßigen Abständen, alle drei Jahre, einem Monitoring von einem unabhängigen Expertengremium unterzogen wird – mit der Möglichkeit, bei Gefahr für die Versorgungssicherheit auch Änderungen am Ausstiegspfad vorschlagen zu können.

Die Kommission weist zudem auf eine Reihe von Maßnahmen hin, die erfüllt sein müssen,

damit nicht bereits weit vor 2038 in Deutschland bei Windstille und verhangenem Himmel regelmäßig die Lichter ausgehen. Die technischen Maßnahmen sind schließlich bekannt, angefangen von Speichersystemen, kurzzeitig mit Batterien und langfristig mit Pumpspeicher oder elektrolytischen Systemen zur Erzeugung von speicherbarem synthetischem Gas, über den Ausbau der Strom- und Gasnetze bis hin zum Ausbau der gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplung als vorherrschender Residualenergie. Schon heute betreiben die Behörden ein effizientes Versorgungssicherheitsmanagement, das verhindert, dass die Gefahr von Blackouts, wenn auch temporär und örtlich begrenzt, entsteht. Bislang war das der Garant dafür, dass noch keiner der bekannten Blackouts der letzten Jahre auf schnell wechselnde Einspeisebedingungen von Wind oder Sonne zurückzuführen war. Der Lackmустest war die Sonnenfinsternis im Jahr 2015, als erstmals 40 Gigawatt Photovoltaik etabliert waren und bei wolkenlosem Himmel auf einen Schlag fast zur Gänze ausfielen, als der Mond die Sonne verfinsterte. Das konnten die konventionellen Ersatzkapazitäten, gut vorbereitet und damals noch ausreichend vorhanden, erfolgreich abfedern.

Zuständig für das Monitoring der Versorgungssicherheit ist hierzulande die Bundesnetzagentur (BNetzA) – aus gutem Grund. Denn Blackout heißt Netzzusammenbruch durch fehlende oder stark volatile Einspeisung, und den gilt es ja zu verhindern. Die einzelnen Instrumente, die der BNetzA dafür zur Verfügung stehen, greifen ineinander.

Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) sind gesetzlich ermächtigt und verpflichtet, die Stromerzeuger in ihrem Verantwortungsbereich zu netzkonformen Maßnahmen zu zwingen. Zunächst greift das Redispatch, also die Drosselung und Erhöhung der Stromeinspeisung einzelner strategisch wichtiger Kraftwerke unter Ersatz der Kosten. Reicht das nicht aus, haben die ÜNB Zugriff auf die Netzreserve, also auf Reservekraftwerke, die gleichsam in Reserve bereitgehalten werden müssen. Vor allem im Süden der Republik häufen sich

“ Ohne zügigen Ausbau der Übertragungsnetze ist der Kohleausstieg nicht zu machen

“



Black out ?

die Kraftwerke, die jederzeit zur Verfügung gehalten werden müssen, um als Netzreserve vor allem im Winter Engpässe auszugleichen. Sie dürfen nicht abgeschaltet werden, ganz gleich, ob der Betreiber dies aus ökonomischen Gründen will (was derzeit häufig bei Gaskraftwerken der Fall ist) oder es im Rahmen des Kohleausstiegs geboten wäre. Geregelt wird dies in der Netzreserveverordnung (NetzResV). Danach führen die ÜNB jährlich eine sogenannte Systemanalyse durch, um die zukünftig erforderliche Kraftwerksreservekapazität für netzstabilisierende Redispatch-Maßnahmen festzustellen. Damit werden die Lastpeaks im Winter verlässlich abgedeckt. In Zahlen: Im Jahr 2020/2021 werden Netzreservekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 6,6 Gigawatt benötigt, ebenso viel wie im Vorjahr. Umgekehrt ist auch die Abregelung von Stromeinspeisung aus Erneuerbaren-Energien- und KWK-Anlagen auf Verlangen des Netzbetreibers mit Entschädigung möglich – vorwiegend im Sommer, wenn Wind und vor allem Sonne mehr liefern, als benötigt wird.

Das eingespielte Management ist nach Angaben der BNetzA stabil – derzeit. Somit könne, so BNetzA-Chef Jürgen Homann stolz, „auf die Anforderung zusätzlicher Kapazitäten aus dem benachbarten Ausland übers Jahr verzichtet werden“. Doch klar ist auch: Für die kohle- und atomkraftfreie Zukunft werden alle diese eingespielten Maßnahmen nicht ausreichen. Genauer betrachtet, handelt es sich doch um nicht viel mehr als eine feinziselierte Mängelverwaltung. Es wird mithin wesentlich darauf

ankommen, die notwendige Infrastruktur wesentlich schneller auszubauen als bisher, sprich: sie mit dem Kohleausstiegspfad zu synchronisieren. Was ist vorrangig notwendig? Aller Netzengpassverwaltung zum Trotz: Wir brauchen auch nach dem Kohleausstieg ausreichend Residualenergie, um auch längere Zeiten der Dunkelflaute überstehen zu können, wenn die Erneuerbaren endgültig das Zepter übernommen haben werden. Doch woher diese dann nehmen? Der jetzige Strommarkt setzt allein auf die Vergütung von nachgefragter Arbeit, der Preis variiert nach Bedarf und kann bei Engpässen rechtzeitig Signale geben. Das funktioniert, wenn ausreichend abgeschriebene Kraftwerke vorhanden sind, die bei Bedarf einspringen können. Doch die sind nach dem Kohleausstieg nicht mehr vorhanden. Gaskraftwerke bleiben. Doch bezweifelt werden muss, ob ihre derzeitige Anzahl ausreicht. Dann braucht es genügend Anreize für den Zubau. Möglicherweise sind neue marktliche Anreize erforderlich. Denkbar ist, dass die Bereitstellung von gesicherter Leistung mit klimaverträglichen Kraftwerken einen Preis bekommen muss, der so bemessen wird, dass viel Investition lohnt, auch wenn die Anlagen zukünftig nicht mehr wie bisher 4000 oder 5000 Stunden im Jahr laufen, um auf ihre Kosten zu kommen, sondern nur noch 1500 oder 2000 Stunden, also dann, wenn Sonne und Wind nicht liefern. Ein derartiger Investitionsanreiz wäre jedenfalls EU-konform, denn im sogenannten Winterpaket 2018 wurde den Mitgliedsstaaten ausdrücklich eine Option

hierfür freigehalten, sofern die Anlagen nicht mehr als 550 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde ausstoßen. Das können – bei Verzicht auf Atomenergie – nur Gaskraftwerke erreichen. Ebenso wichtig: Stromspeicher sind von Steuern und Abgaben, die im Rahmen des temporären Strombezuges entstehen, zu befreien. Das gilt vor allem für Langzeitspeicher wie Pumpspeicherwerke. Wir brauchen mehr davon und nicht weniger, und deshalb müssen sie wieder in die Wirtschaftlichkeit gebracht werden. Und neue Stromspeichertechnologien wie Power-to-Gas, also die elektrolytische Gasherstellung aus Überschussstrom, sind angemessen zu fördern, mit dem Ziel, sie marktfähig zu machen.

Und dann müssen wir die Netze nicht nur optimal verwalten, sondern weiterentwickeln. Wir müssen den Strom-Übertragungsnetzausbau entsprechend dem Netzentwicklungsplan nun endlich mal angehen. Ist es nicht ein Unding, dass jeder Kilometer Übertragungsnetz Jahre braucht, um realisiert zu werden! Sollten die Energiewende, sollten Kohleausstieg und der Ausbau der erneuerbaren Energien an der banalen Tatsache scheitern, dass der Ausbau der Netze, um den Strom vom Erzeuger zum Verbraucher zu bringen, nur im Schnecken tempo vorankommt? Die Kohlekommission jedenfalls hat hier ganz klar ein Junktim hergestellt: Ohne zügigen Ausbau der Übertragungsnetze ist der Kohleausstieg nicht zu machen. Damit es nicht spätestens im Jahr 2038 tatsächlich heißt: „Industrialisation Deutschland – geschlossen wegen Blackout.“

Der Autor:
Dr. Reinhard Klopffleisch ist Physiker, Autor und Journalist mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft.

Reiseleistungen:

- Haustürabholung (in Deutschland) zu einem zentralen Treffpunkt inklusive Kofferservice
- Busfahrt in einem modernen Reisebus nach Marienbad
- Mittagsimbiss inklusive einem Getränk auf der Hin- und Rückfahrt
- 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel Reitenberger Marienbad im Doppelzimmer
- „All Inclusive“-Verpflegung mit Getränken zum Mittag- und Abendessen
- Ärztliche Eingangskonsultation
- 12 Anwendungen nach Verordnung des Arztes pro Woche
- 1 x Besuch der Salzgrotte
- Freie Nutzung der Hoteleinrichtungen inklusive Leihbademantel
- 1 x Überraschungsfahrt (bei mind. 21 Tagen Aufenthalt)
- Gratis Nordic-Walking-Grundkurs (ca. 1 Std.)
- Gratis E-Bike-Nutzung (nach Verfügbarkeit)
- Kurtaxe für den gesamten Aufenthalt
- Deutschsprachige Hotelgästebetreuung und 24-Stunden-Notruf-Telefon

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt.

MARIENBAD



Haustürabholung:

Ihre Reise beginnt und endet vor Ihrer Haustür



Busreise:

Mit modernem Reisebus nach Marienbad



Wellness:

Zwölf Anwendungen im Preis enthalten



Erholung:

Im schönen Hotel mit eigenem Spa-Bereich

Gönnen Sie Körper und Geist eine wohl verdiente Verschnaufpause. Die Wellness-Reise nach Marienbad bietet Ihnen dazu die beste Gelegenheit! Vierzig Mineralquellen entspringen mitten im tschechischen Kurort mit internationalem Renommee. Die westböhmisches Stadt liegt in reizvoller Umgebung am Südfuß des schönen Kaiserwaldes.

Elegante Kuranlagen und prächtige Bauwerke unterstreichen den Anspruch als Kurort von Weltruf. Seit mehr als 350 Jahren wird hier die Heilkraft des Wassers genutzt. Bäder und Trinkkuren fördern Wohlbefinden und Gesundheit. Im Preis enthalten sind zwölf Kuranwendungen. Wenn Sie diese Annehmlichkeiten noch länger genießen möchten, buchen Sie einfach die Verlängerungswoche(n)!

Reisepreise:

Saison	Termine 2019	Grundpreis 1/2 DZ	VL-Woche* 1/2 DZ	EZ-Zuschlag pro Woche	RRV 1 Wo.	RRV 2 Wo.
A	09.12./16.12.	EUR 549,-	EUR 401,-	EUR 140,-	EUR 29,-	EUR 51,-
B	25.11./02.12.	EUR 599,-	EUR 451,-	EUR 140,-	EUR 31,-	EUR 54,-
C	08.04./15.04./04.11./11.11./18.11.	EUR 699,-	EUR 521,-	EUR 140,-	EUR 35,-	EUR 60,-
D	22.04./29.04./13.05./20.05.**/27.05./03.06./10.06./17.06./24.06./29.07./05.08./12.08./19.08./26.08./02.09./09.09./16.09./23.09.**/30.09.**/07.10.	EUR 799,-	EUR 621,-	EUR 140,-	EUR 39,-	EUR 63,-
E	01.07./08.07./15.07./22.07./14.10./21.10./28.10./23.12./30.12.***	EUR 749,-	EUR 571,-	EUR 140,-	EUR 37,-	EUR 62,-

Preise pro Person bei Zweierbelegung, inkl. Busanreise, Haustürabholung, „All Inclusive“ und 12 Anwendungen.

* = Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthaltes.

** = Kein Einzelzimmer-Zuschlag für Aufenthalte ab 15 Tagen

*** = Silvester-Zuschlag: EUR 100,- pro Person. Keine Verlängerungswoche möglich.

Hinweise: Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt; Preis für drei Wochen auf Anfrage. Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.

Zusatzleistungen:

Zimmer mit Balkon / Kolonnadenblick (BA) pro Person / Woche: EUR 42,-

Doppelzimmer zur Alleinbenutzung (AN) pro Woche: EUR 210,-

Barrierefreiheit ist nicht gewährleistet. Ob die Reise trotzdem Ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, erfragen Sie bitte vor Buchung.

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: MARIENBAD

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax
0 23 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur MARIENBAD

per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden.
Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

/ „AN DER LEBENSREALITÄT UNSERER *Gesellschaft* VORBEIGEDACHT ...“

Zur Jahreswende brachte es der Kabarettist Dieter Nuhr in einem satirischen Rückblick auf den Punkt: „Die Chemiebranche ist den Bach runter. Die Energiewirtschaft wickeln wir gerade ab. Atomausstieg, Kohleausstieg, jetzt stehen nur noch ein paar Windräder rum. Die Banken haben sich selbst zerschossen. Nun sind wir auch noch dabei, unsere Autoindustrie zu vernichten. Es wird oft vergessen, dass es durchaus Wohlstandseinbußen geben könnte, wenn wir nur noch Kartoffeln produzieren. Ich fürchte, unser Wohlstand basiert zu einem nicht geringen Teil auf der Autoindustrie. Doch das Auto ist der Volksfeind Nr. 1. Wir vernichten gerade alles, was irgendwie unseren Sozialstaat bezahlen könnte.“ Als treibende Kraft hinter den Kulissen macht der Kabarettist dabei „grüne Ideologen und ignorante Wohlstandsvernichter“ aus – Fragen an Philipp Amthor, einen Abgeordneten der jungen Generation.

Souverän: Herr Amthor, spricht hier ein Kabarettist aus, was in der Politik nur noch viel zu selten thematisiert wird?

Amthor: Mit seinen Feststellungen erfüllt Dieter Nuhr perfekt die Anforderungen an einen guten Kabarettisten: Er trifft eine pointiert-überspitzte Aussage, die aber immer noch einen wahren Kern hat. Denn es stimmt: Steigende Energiepreise und strenge Regulierung stellen etwa unsere Chemiewirtschaft vor große Herausforderungen. Unsere Energiewirtschaft steht durch verschiedenartige Fehlentwicklungen durch die „Energiewende“ unter Druck. Und ja, unsere deutsche Autoindustrie wird auch von Ideologen gejagt, denen die volkswirtschaftliche Relevanz dieser Schlüsselindustrie bisweilen völlig egal zu sein scheint. Insbesondere bei den Grünen habe ich den Eindruck, dass sie ihre Mobilitätskonzepte vollständig an der Lebensrealität unserer Gesellschaft vorbeidenken. Als sie etwa zur Bundestagswahl 2017 ein vollständiges Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2030 gefordert haben, haben sie völlig ausgeblendet, dass die Elektromobilität in keiner Weise den Verbrennungsmotor ersetzen kann. Das Gegenteil ist der Fall: Ein unkoordinierter Systemwechsel zum Elektromotor würde unsere deutsche Wirtschaft im Verhältnis zur chinesischen Billigindustrie schwächen und

wegen der noch zu kurzen Reichweiten und Akkulaufzeiten auch gigantisch an den Bedürfnissen der Landbevölkerung vorbeigehen. Wir sollten demgegenüber auf Fakten statt auf Ideologie setzen. Und wir sollten unser Land nicht grünen Schwarzmalern überlassen: Deutschland ist heute eines der innovativsten und wirtschaftlich stärksten Länder der Welt. Damit das so bleibt, brauchen wir eine kluge Politik, die die Soziale Marktwirtschaft auch weiter als ihren Motor betrachtet.

Sie selbst haben die Grünen in einer Talkrunde kürzlich als moralinsaure Ökospießler mit Wellness-Image bezeichnet. Worauf begründen Sie dieses Urteil?

Das eben beschriebene Beispiel zeigt, dass die Grünen ausschließlich Politik für die Stadtbevölkerung und für vermeintlich umweltliebende Besserverdiener machen. Nur sie können es sich leisten, ihr Kreuz bei einer Partei zu machen, bei der wirtschaftspolitische Grundannahmen und Fakten einer ideologisierten Weltverbesserungsvorstellung zum Opfer fallen. Die negativen politischen Folgen ihrer Forderungen in Themenbereichen wie Mobilität, Migration oder Energiewende blenden viele Grüne in der öffentlichen Debatte einfach aus, weil sie sich

moralisch überlegen fühlen. Das dürfen wir ihnen nicht durchgehen lassen. Stattdessen müssen wir offenlegen, dass sich hinter der grünen Wohlfühl-Rhetorik immer noch eine kleinkarierte Verbotsparterie verbirgt, der das vierte bis neunundzwanzigste Geschlecht, vegane Ernährung und geschlechtergerechte Toiletten wichtiger sind als Autobahnen, Erntefest und Tradition.

Inwiefern bedienen sich die Grünen diverser NGOs, um ihre Weltsicht in die Köpfe der Bürger zu tragen?

Linke NGOs sind für die Grünen wichtige Ideengeber, politische Mitstreiter und häufig ihr verlängerter Arm in den vorpolitischen Raum. Ein gutes Beispiel dafür ist die sogenannte „Deutsche Umwelthilfe“, die einen ideologischen Feldzug gegen den Dieselmotor führt und sich dadurch auch noch selbst bereichert. Wir dürfen uns von solchen NGOs nicht unseren klaren Blick auf die Realität verdrehen und die Themenhoheit abnehmen lassen, sondern wir müssen ihre ideologische Propaganda noch häufiger entlarven.

Ist nicht die Dieseldebatte – abgesehen vom Betrug der Hersteller – ein gutes Beispiel für eine ideologisch



Unser Interviewpartner: **Philipp Amthor**, geb. 1992 in Ueckermünde, MdB seit 2017, ist der zweitjüngste Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der jüngste, der je einen Wahlkreis gewinnen konnte. Im Bundestag gehört er dem Innen- und Europaausschuss an. Seit 2018 agiert er als Schatzmeister der Jungen Union und ist damit Mitglied ihres Bundesvorstands.

statt sachbezogen geführte Debatte? Inzwischen stellt sich doch die Messstellen- und Grenzwertproblematik in Sachen Stickoxide wie auch Feinstaub völlig anders dar als noch vor Monaten. Trotzdem wird weiter munter über Fahrverbote diskutiert statt über vernünftige Grenzwerte

Kritiker haben die Stickoxid-Grenzwerte von Anfang an als willkürlich bezeichnet. Aktuell zweifeln nun auch mehr als 100 Lungenärzte diese Werte öffentlich an. Sie bezeichnen deren Festsetzung als „methodisch fragwürdig“. Daher ist es dringend notwendig, die aktuellen Grenzwerte zu überprüfen und wissenschaftlich fundiert festzulegen. Auch wenn das mancher Grüner wohl anders sehen mag: Die Grenzwerte sind nicht in Stein gemeißelt und müssen auch noch gemeinwohlverträglich sein. Die derzeit schon in mehreren deutschen Städten geltenden Diesel-Fahrverbote und ihre Auswirkungen zeigen jedenfalls, dass die aktuelle Debatte nicht nur massive Auswirkungen auf die Menschen in unserem Land, sondern auch negative wirtschaftliche Folgen hat. Den Vorschlag unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, Fahrverbote gesetzlich zu erschweren, unterstütze ich deshalb ausdrücklich. Auch aus meiner Perspektive sind Fahrverbote unverhältnismäßig, wenn der Grenzwert für Stickoxid nur um wenige Mikrogramm überschritten wird. Die von uns geplante Änderung des Bundesimmissionschutzgesetzes geht daher in die richtige Richtung, aber sie wird noch nicht alle Probleme lösen. Gleichzeitig müssen wir nämlich auch die Messstellen überprüfen. Wir werden noch im Februar mit den 25 wichtigsten Messstellen beginnen.

In Sachen Energiewende verhalten sich die Grünen sehr widersprüchlich. Während gegen die Rodung des Hambacher Forstes (etwa 100 ha) für den Braunkohlenabbau protestiert wird, wird die geplante Abholzung von rund 5.000 ha für neue Windräder in Sachsen unterstützt. Ist man da auf einem Auge blind?

Fakten sind der größte Feind einer jeden Ideologie. Das zeigt auch das zitierte Beispiel. Es ist mehr als offensichtlich, dass die Grünen hier mit zweierlei Maß messen, weil es in ihr Weltbild passt. Wir müssen ihnen entgegenhalten: Die Rodung für Energiegewinnung – sei es für Braunkohle oder für Windparks – hat immer auch negative Seiten, aber diese werden von den Grünen nur im politisch wünschenswerten

Fall benannt. Hier wird erneut deutlich, dass die Grünen den Menschen ihre Ökoideologie aufzwingen wollen. Die Bedenken der Bürger gegen erneuerbare Energien werden von ihnen demgegenüber als rückständig zurückgewiesen und nicht ernst genommen. Das ist aber fatal, weil die Menschen zum Beispiel in meiner Heimat in Mecklenburg-Vorpommern – bei allem Verständnis für eine neue Energiepolitik – wegen einer solchen herablassenden Bevormundung mittlerweile große Vorbehalte gegen Stromgewinnung aus Windenergie haben. Das liegt einerseits an den hohen Kosten, die dem Verbraucher aufgebremst werden, aber andererseits auch an den Veränderungen unserer Kulturlandschaft, die aus einem teilweise entfesselten und unbeschränkten Windkraftausbau folgen. Wenn einem eine nachhaltige Energiepolitik am Herzen liegt, sollte man diese Bedenken ernst nehmen und ausdiskutieren und nicht durch grünen Ökoidealismus unter den Tisch kehren.

Die Grünen sind wirtschaftspolitisch auch eher links und daher dem Umverteilungslager zuzurechnen. Gibt es dennoch Schnittmengen mit der CDU und ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen?

Die Soziale Marktwirtschaft und eine vernünftige Ordnungspolitik scheinen mir nicht die besten Freunde der Grünen zu sein. Ganz im Gegenteil vergessen die Grünen allzu häufig, dass ihre umwelt- und klimapolitischen Vorstellungen – zum Beispiel die sogenannte „Energiewende“ – nur durch hohe Subventionen möglich sind. Jeder Euro, den man für solche Subventionen verteilen will, muss vorher allerdings durch unsere leistungsstarke deutsche Industrie erwirtschaftet werden. Das sollte man nicht vergessen.

Das Ziel, die Versöhnung von Wirtschaft und Ökologie zu ermöglichen, sollten wir aber grundsätzlich mit den Grünen teilen. Was uns dabei unterscheidet, ist allerdings unsere Motivation: Wir handeln zur Bewahrung der Schöpfung, die Grünen handeln aus Ideologie. Wir suchen als Regierungspartei tragfähige Antworten, die Grünen verschanzen sich seit fast 15 Oppositionsjahren stattdessen in weltfremden Luftschlössern. Zur Ehrlichkeit gehört, dass es hinter den Mauern dieser Luftschlösser zum Teil auch einige vernünftige Kollegen gibt, aber wir sollten eine Zusammenarbeit mit den Grünen derzeit eher als zweckmäßig aussehen und sie nicht auch noch herbeisehen.

FLUCH ODER SEGEN FÜR DIE MENSCHHEIT?

Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) ist im Zusammenhang mit dem Megathema Digitalisierung erst seit Kurzem in das Zentrum der gesellschaftspolitischen Diskussion gerückt. Dabei ist die KI keine Erfindung dieser Tage, sondern geht bereits auf den Beginn der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück.

Durch die nahezu explosionsartige Zunahme der Produktion von Daten, durch die nach wie vor exponentiell steigenden Rechenkapazitäten und durch Durchbrüche in der Algorithmenik hat KI inzwischen eine außergewöhnliche Anwendungsbreite erlangt. Dabei gibt es neben den vielen positiven Anwendungsfällen durchaus auch ernst zu nehmende kritische Stimmen bis hin zur Aussage von Elon Musk, die KI sei gefährlicher als Atomwaffen.

Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland sehen dagegen unisono in den Anwendungsmöglichkeiten der KI einen wesentlichen Treiber für Innovationen und für die weitere Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaften. Bei aller Euphorie muss allerdings konsequent darauf geachtet werden, dass die ethischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Künstlichen Intelligenz stellen, auch befriedigend beantwortet und die entstehenden Probleme gelöst werden.

Nichts könnte die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in unserem gesamten Leben in Wirtschaft, Gesellschaft und auch für uns als Privatpersonen und Konsumenten besser

beschreiben, als die gegenwärtig zu beobachtenden Umwälzungsprozesse, die durch die Digitalisierung beziehungsweise die Künstliche Intelligenz hervorgerufen werden. Spätestens in den Jahren 2017 und 2018 ist das Thema Künstliche Intelligenz nicht nur in unserem Alltag angekommen, sondern es dominiert mehr und mehr auch unsere gesellschaftspolitische Diskussion, indem immer stärker die Vor- und Nachteile der Künstlichen Intelligenz erörtert werden.

Genau das ist aber die Frage, die die Skeptiker stellen, wie lange die Künstliche Intelligenz noch von der menschlichen Intelligenz beherrscht und in Schach gehalten werden kann. Es wäre fatal, wenn die Wissenschaftler Goethes Zauberlehrling ca. 220 Jahre nach der Veröffentlichung in die Realität umsetzen. Der im Frühjahr 2018 verstorbene geniale Physiker Stephen William Hawking schreckte nicht einmal ein halbes Jahr vor seinem Tod die wissenschaftliche Welt und die Öffentlichkeit damit auf, indem er ausführte, dass die gesamte Menschheit durch eine Serie verschiedener Risiken wie Klimawandel, Atomkrieg, genetisch veränderte Viren und



Künstliche Intelligenz bedroht würde. Über die besonderen Bedrohungen vonseiten der Künstlichen Intelligenz sagte Hawking mehrfach voraus, „dass dies das bedeutendste, aber auch letzte Ereignis in der Geschichte der Menschheit sein könnte“. Er begründete dies logisch damit, dass Maschinen, die in der Lage wären, sich selbst fortzuentwickeln, viel schneller seien als die biologische Evolution und dieser darum überlegen.

Bereits zuvor hatte der Tesla-Chef Elon Musk, der bekanntlich selbst ein KI-Unternehmen betreibt, mit seiner Aussage für Aufregung gesorgt, dass er die KI für gefährlicher als Atomwaffen halte. Musk wörtlich: „Der Wettbewerb um die Vorherrschaft in KI auf nationaler Ebene wird meiner Meinung nach der wahrscheinlichste Auslöser des dritten Weltkriegs sein.“

Diesen außerordentlich kritischen, ja z.T. apokalyptischen Prognosen stehen zahlreiche Verheißungen über die Vorteile der Künstlichen Intelligenz gegenüber. Dabei sind zu nennen die Aussichten auf das autonom verkehrende Fahrzeug, das die Menschen sicher und unfallfrei von einem Punkt zum anderen transportiert, weiterhin der Einsatz intelligenter Roboter als

“

Es wäre fatal, wenn die Wissenschaftler Goethes Zauberlehrling ca. 220 Jahre nach der Veröffentlichung in die Realität umsetzen.

“

persönliche Assistenten bzw. die segensreiche Nutzung der KI in der Medizin, beispielsweise durch verbesserte CT-Scans (per Computer digital rekonstruierte Schnittbilder).

Die Sympathie für die Künstliche Intelligenz wird vor allem dadurch gespeist, dass wir heute bereits früher futuristisch erscheinende Möglichkeiten wie automatische Gesichts- und Spracherkennung, semantische Suchmaschinen, humanoide Roboter sowie wissensbasierte Systeme als nahezu selbstverständlich ansehen. Bei den folgenden Ausführungen geht es allerdings nicht nur um ein „Entweder-oder“, sondern um eine differenzierte Betrachtung der bisherigen Erörterungen der Künstlichen Intelligenz auf europäischer und nationaler Ebene. Davor ist es allerdings erforderlich, noch eine kurze Begriffsklärung vorzunehmen und auch die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz in aller Kürze nachzuzeichnen. Am 22. März 2017 führte der Ausschuss „Digitale Agenda“ des Deutschen Bundestags unter Leitung des damaligen Ausschussvorsitzenden, Jens Koepen, MdB, eine Expertenanhörung zum Thema „Künstliche Intelligenz und Robotik“ durch. Einer der geladenen Experten, Professor Dr.

Frank Kirchner, Leiter des Robotics Innovation Centers am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Bremen, stellte fest, dass nunmehr die Diskussion zum Thema KI in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei. Bereits in einer frühen Phase der gesellschaftspolitischen Diskussion zur Künstlichen Intelligenz hat sich der Deutsche Ethikrat mit dieser Frage befasst. So veranstaltete er im Juni 2017 seine Jahrestagung zu dem Thema: „Autonome Systeme. Wie intelligente Maschinen uns verändern.“ In einem Focus-Interview im Vorfeld dieser Tagung äußerte sich der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Professor Peter Dabrock, dahingehend, dass selbstverständlich die ethischen Fragen bei der Künstlichen Intelligenz beantwortet werden müssen. Gleichzeitig stellte er aber auch fest, dass ein „Abhängen Deutschlands“ im globalen Wettbewerb bei dieser Frage das eigentliche ethische Problem wäre. Und weiter führte er aus: „Es wäre der größte Fehler, wenn wir die Chancen, die sich mit der zunehmenden Automatisierung und sogenannten intelligenten Maschinen verbinden, vertun.“

Die die Bundesregierung tragenden Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag vom 13. März 2017 darauf verständigt, dass sie Deutschland zu einem weltweit führenden Standort bei der Erforschung von Künstlicher Intelligenz machen wollen: „Hierzu wollen wir aus der Plattform Lernende Systeme heraus ein nationales Forschungskonsortium für Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen aufbauen und konsequent auf Anwendungen in allen Feldern der Forschungs- und Innovationsstrategie ausrichten. Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwortetes Zentrum für Künstliche Intelligenz errichten. Gemeinsam mit Polen wollen wir ein Zentrum für digitale Innovationen in der Systemforschung einrichten. Am 10. April 2018 unterzeichneten 25 EU-

Mitgliedsstaaten eine Erklärung zur Zusammenarbeit bei der Künstlichen Intelligenz. Ausgelöst wurde diese Initiative offensichtlich durch einen Bericht des European Political Strategy Centers (EPSC), – eine Wissenschaftsorganisation, die der EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker im Jahr 2014 ins Leben gerufen hat.

Die Forscher des EPSC haben aber auch klare strategische Empfehlungen an die Europäische Union gegeben. So brauche Europa eine ambitionierte und schnelle Strategie zur Förderung der Künstlichen Intelligenz, die sowohl die Wirtschaft als auch die öffentliche Verwaltung umfasst. Dementsprechend hat die Europäische Kommission eine Reihe von Maßnahmen vorgelegt, mit denen sie die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz im Interesse der Menschen in Europa noch besser erschließen und die Wettbewerbsfähigkeit Europas steigern will. Nachdem im Koalitionsvertrag vom 13. März 2018 bereits das Thema KI als Schwerpunktthema angekündigt wurde, legte die Bundesregierung am 18. Juli 2018 die Eckpunkte für eine „Strategie Künstliche Intelligenz“ vor.

Zu den wesentlichen Zielen dieser Strategie gehört, dass sowohl Forschung als auch Entwicklung und Anwendung der KI in Deutschland und Europa auf ein weltweit führendes Niveau gebracht und dort gehalten werden sollen. Die Bundesregierung will weiterhin eine verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Nutzung der Künstlichen Intelligenz in Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft.

Weiter wird in dem Eckpunkte-Papier ausgeführt, dass Deutschland seine gute Position in der KI-Forschung gemeinsam mit europäischen Partnern und Technologieführern zu einer Spitzenposition ausbauen will. Stets soll dabei aber eine menschenzentrierte Entwicklung und Nutzung von KI-Anwendungen gewährleistet werden. Im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger wird gefordert, dass bei der Nutzung der Potenziale der KI-Sicherheit Effizienz und

Nachhaltigkeit in Anwendungsfeldern von besonderer Bedeutung weiter verbessert werden müssten. Abschließend heißt es im Zielkatalog, dass sichergestellt werden muss, dass IT-Systeme, die KI nutzen und zur Anwendung bringen, ein hohes Niveau an IT-Sicherheit gewährleisten müssen, damit Manipulation, Missbrauch und Risiken für die öffentliche Sicherheit bestmöglich verhindert werden.

Im Eckpunkte-Papier wird dann nach einer ausführlichen Beschreibung der Ausgangssituation ein Bündel an Handlungsfeldern beschrieben. Diese bestehen zum einen darin, die Forschung in Deutschland und Europa zu stärken, um Innovationstreiber zu sein und auch den Transfer in die Wirtschaft zu fördern. Zum anderen soll mit Innovationswettbewerben das vorhandene Potenzial für Sprunginnovationen stärker genutzt und eine Gründungsdynamik geweckt werden. Im Weiteren wird dann beschrieben, inwieweit die KI für den Strukturwandel in Arbeitswelt und Arbeitsmarkt genutzt werden und wie sie bei der Ausbildung und bei der Gewinnung von Fachkräften eingesetzt werden kann. Wie in der Tagung des Deutschen Ethikrates im Jahr 2017 deutlich geworden ist, dreht sich die Debatte um die Künstliche Intelligenz längst nicht mehr nur um technische, sondern mehr und mehr auch um ethische Fragestellungen. Dies hat auch die Europäische Union dazu veranlasst, im Rahmen ihres Wirtschafts- und Sozialausschusses diese Fragen aufzugreifen. In der Diskussion wurde deutlich, dass man durchaus Szenarien sieht, bei der eine Welt entsteht, in der die Roboter die Vorherrschaft übernehmen. Besonders kritisch werden derzeit bereits Möglichkeiten diskutiert, wie man anhand von Satellitenbildern im Fall eines Militäreinsatzes optimale Angriffsziele auswählt, die dann automatisch attackiert werden können.

In diesem Zusammenhang ist auch die Möglichkeit des Einsatzes von Cyberwaffen zu erwähnen. Vielfach wird angenommen, dass dieses „Zeitalter“ mit dem Einsatz des Computerwurms Stuxnet, mit dem ausländische Geheimdienste die Leittechnik von Urananreicherungsanlagen im Iran stören konnten, bereits begonnen hat. Bei aller Euphorie über die nahezu unglaublich scheinenden Möglichkeiten des Einsatzes der Künstlichen Intelligenz sind deshalb die politischen Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene angehalten, über entsprechende Rahmenbedingungen und Grenzen zu diskutieren, wenn uns diese Technik nicht wie weiland Goethes Zauberlehrling entgleiten soll.



Der Autor: Dr. Siegfried Balleis war lange Jahre Oberbürgermeister der Stadt Erlangen. Heute ist er Vorsitzender des Universitätsbunds der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg sowie Honorarprofessor am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften. Der vorliegende Beitrag erschien ungekürzt zunächst in der Ausgabe „Politische Studien“ 482/2018 der Hanns Seidel-Stiftung.

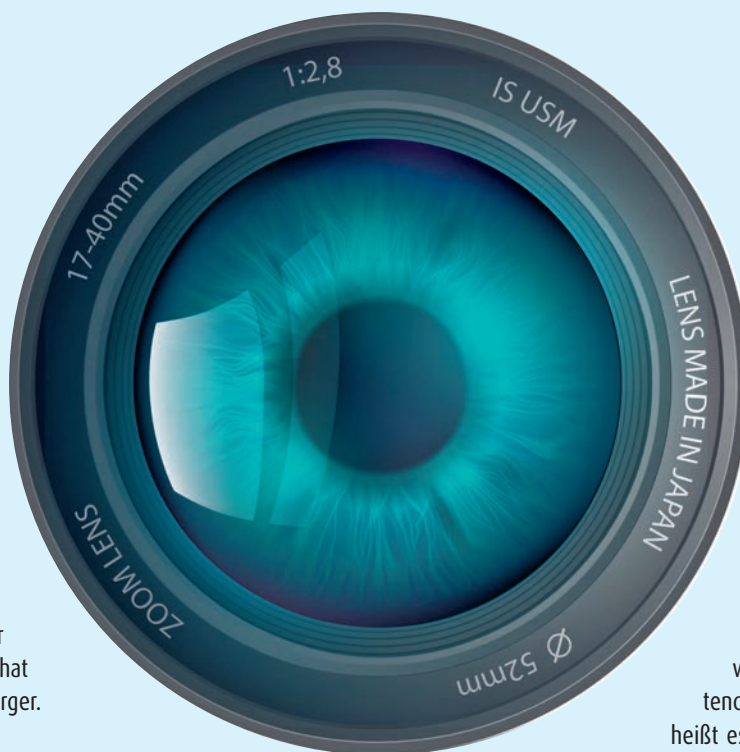
Stasi 2.0?

WENN UNS DIE DIGITALEN SYSTEME BESSER KENNEN ALS WIR UNS SELBST

Behörden und Unternehmen arbeiten dem Anschein nach nicht selten Hand in Hand, um uns zu gläsernen Bürgern und nackten Verbrauchern zu machen.

Das Ausspähen von Daten ist ausweislich Paragraph 202a des deutschen Strafgesetzbuches ein Vergehen, das mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren oder Geldbuße bestraft wird. Dennoch werden wir alle mehr oder minder rund um die Uhr abgehört, belauscht, gefilmt – und zwar vom Staat genauso wie von der Wirtschaft. Dabei bilden Digitalwirtschaft und Regierungen oft eine unheilige Allianz der Datenschnüffelei, die nur ein Ziel hat – den gläsernen Kunden bzw. Bürger.

George Orwells Horrorvision 1984 schreitet mit großen Schritten seiner Realisierung entgegen. Erich Mielke, Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) in der ehemaligen DDR, hätte mutmaßlich seine wahre Freude daran. Der Stasi-Minister setzte vor allem auf menschliche Spione, die „Informellen Mitarbeiter“. Bis zu zwei Millionen der insgesamt neun Millionen DDR-Bürger im erwerbsfähigen Alter sollen in den 1980er-Jahren im weiteren Sinn in das staatliche Sicherheitsnetz der DDR eingebunden gewesen sein. Heute ist diese Art von Stasi-Spitzel überflüssig, die moderne Digitaltechnik besorgt die Überwachung besser als jeder Mensch: Die Stasi 2.0 hat heute schon Milliarden von Mikrofons, Videokameras, Sensoren und sonstige



Überwachungseinheiten überall auf der Welt und wird von einer immer ausgereifteren künstlichen Intelligenz geführt, die nur ein Ziel hat – uns alle immer gläserner zu machen.

Spionage als Geschäftsmodell

Wir vertrauen der scheinbaren Anonymität des Internets und geben unsere geheimsten Wünsche preis, indem wir auf Google danach suchen. Was wir häufig nicht bedenken: Seit über 20 Jahren sammelt der Digitalkonzern alle unsere Eingaben und verknüpft sie zu einem persönlichen Dossier über uns mit einem Detaillierungsgrad, von dem die ehemalige Stasi

nur träumen konnte. Doch damit ist die Auskunfts-kette über uns noch lange nicht zu Ende. Als US-Unternehmen ist Google gesetzlich gezwungen, den amerikanischen Behörden Zugang zu allen Daten zu geben. So haben die USA also längst unser Dossier. Und weiter geht's: In einem als „top secret“ eingestuftem „Information Paper“ des US-Geheimdienstes NSA mit dem Titel „NSA Intelligence Relationship with Germany – Bundesnachrichtendienst (BND)“ vom 17. Januar 2013 heißt es unverblümt: „2012 begrüßte die NSA den Eifer von BND-Präsident Schindler, die bilaterale Kooperation zu stärken und zu erweitern ...“ So landet unser Dossier in Deutschland, von der Google-Eingabe bis zum Bundesnachrichtendienst. Ganz nebenbei ist Google durch den Verkauf unseres Dossiers an andere Unternehmen zum größten Werbekonzern der Welt aufgestiegen. Staat und Wirtschaft arbeiten hier Hand in Hand, um uns auszuspionieren, zu beobachten und mit unseren persönlichsten Gefühlen, Wünschen und Träumen Geld zu verdienen.

Speicher für jeden Erdenbürger

Die digitalen Speicher, um alles über uns aufzubewahren, sind längst gebaut und wer-



den fortlaufend vergrößert. Die NSA betreibt im US-Bundesstaat Utah ein Datenzentrum unvorstellbaren Ausmaßes. Das sogenannte Fusion Center ist so gigantisch, dass es die persönlichen Daten der gesamten Weltbevölkerung speichern kann. Bis zu 140 Gigabyte Speicherplatz stehen für jeden von uns bereit. Das entspricht ungefähr dem Speichervermögen eines modernen Smartphones.

Doch selbst wenn wir gar nicht vor einem Computer sitzen oder gar kein Smartphone benutzen, werden wir permanent überwacht. Auf öffentlichen Plätzen, in Stadien, in Gebäuden, in der U-Bahn und bei vielen anderen Gelegenheiten finden wir immer mehr Videokameras. Sie zeichnen alles auf, was passiert. Das schafft einerseits Sicherheit, die nicht zu unterschätzen ist. Doch andererseits kommt es eben auch einer ständigen Überwachung gleich. Das gilt vor allem, wenn schon in naher Zukunft alle diese Kameras in der Lage sein werden, unsere Gesichter automatisch zu erkennen. Dann lässt sich nämlich tatsächlich feststellen, wo wir uns wann aufhalten und was wir machen.

Blicken wir kurz nach China: Die chinesische Regierung plant, bis 2020 überall im Land mehr als 500 Millionen (!) Überwachungskameras aufzustellen. Gleichzeitig entsteht eine Datenbank, in der die Gesichter aller Chinesen zum unmittelbaren Abgleich mit den Kameras gespeichert werden sollen. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete schon 2016, dass die Gesichter von 117 Millionen US-Amerikanern in den Gesichtserkennungsdatenbanken von US-Strafverfolgungsbehörden gespeichert sind. Bis heute dürften es deutlich mehr sein, vielleicht schon alle. In Deutschland undenkbar? Mitnichten, mehr als 400.000 Videokameras sind hierzulande schon installiert. Die jüngste Anregung geht dahin, die Innenstädte flächendeckend zu überwachen, um die Dieselfahrverbote in immer mehr Ballungszentren automatisch kontrollieren zu lassen. Dazu müsste jeder Pkw erfasst werden. Die Kfz-Kennzeichnungserkennung dürfte nur die Vorstufe zur Gesichtserkennung sein.

Spionage zu Hause

Den „Höhepunkt“ bilden aber wohl Kameras und Mikrofone, die wir uns freiwillig in unsere

eigenen vier Wände holen. Georg Orwell ging in seinem Roman „1984“ noch davon aus, dass der Staat Kameras in jeder Wohnung installiert, um die Bevölkerung zu bespitzeln. Er zeichnet das Szenario einer Gedankenpolizei, die durch die Fenster die Bevölkerung beobachtet. Die heutige und vor allem künftige Realität ist viel schlimmer: Wir kaufen uns die Geräte, die uns bespitzeln, selbst, stellen sie in unseren Wohnungen auf und erfreuen uns noch an den Komfortfunktionen, die sie uns bringen.

Amazon hat mit dem Gerät Echo geradezu ein Paradebeispiel dafür auf den Markt gebracht. Echo sieht aus wie ein kleiner Radiowecker, den wir uns in die Küche, ins Wohnzimmer, ins Kinderzimmer, ins Arbeitszimmer und natürlich ins Schlafzimmer stellen. Echo zeigt die Uhrzeit an, verfügt über einen komfortablen Wecker, kennt die Wettervorhersage, kann unsere Lieblingsmusik abspielen und auf einem kleinen Bildschirm sogar beispielsweise die Tagesschau in 100 Sekunden als Videoclip. Was häufig nicht bedacht wird: Mit dem nützlichen Helfer Echo holen wir uns zugleich einen Spion in die eigenen vier Wände. Amazons Echo verfügt über ein Mikrofon und eine Videokamera, die zuhören und alles beobachten können. Küche, Wohnbereich, Schlafzimmer – wo immer wir ein Gerät aufstellen, holen wir uns den Mikrofon- und Kameraspion in unsere Nähe. Andere Hersteller bieten ähnlich Geräte an.

Keines dieser Geräte behält für sich, was es hört und sieht. Alle sind an das Internet angeschlossen und übermitteln Tag und Nacht alles, was sie hören und sehen, an die Hersteller, die es wiederum den Behörden weitergeben müssen.



Der Autor: Andreas Dripke ist Executive Chairman Diplomatic Council und Autor des Buches „Stasi 2.0“. Das Diplomatic Council ist eine Organisation der Zivilgesellschaft, die die Vereinten Nationen berät. Sie vereint eine globale „Denkfabrik“, ein weltweites Geschäftsnetzwerk und eine gemeinnützige Organisation. Mitglieder sind Diplomaten sowie Geschäftsleute und Persönlichkeiten der Gesellschaft, die sich mit der Zukunft beschäftigen. Weitere Informationen unter www.diplomatic-council.org.

Internet abschalten und Smartphone wegwerfen?

Also das Internet abschalten, die digitalen Geräte aus dem Haus verbannen und das Smartphone wegwerfen, um wieder mehr Privatsphäre zu besitzen? Wer macht das schon? Und selbst wenn: Jeder nach dem 1. November 2010 ausgestellte Personalausweis oder Reisepass ist mit einem Chip ausgerüstet, der unsere Fingerabdrücke und unser Gesicht per Funk verteilt. Hacker haben längst gezeigt, wie sie die Passdaten auf eine Entfernung von mehreren Metern abfangen und binnen weniger Stunden entschlüsseln können. Unser Gesicht ist auf den Ausweisen biometrisch gespeichert, das heißt, dass es von Software zur Gesichtserkennung automatisch identifiziert werden kann. Wer unsere Daten einmal hat, für den ist der Diebstahl unserer Identität ein Leichtes. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex gibt „einige Fälle von gefälschten Pässen mit einem manipulierten Chip“ zu. Im Darknet, dem illegalen Internet, ist längst ein florierender Handel mit Millionen gestohlener Identitäten im Gang. Die größte biometrische Datenbank der Welt mit 1,2 Milliarden Personen gilt spätestens seit August 2018 als unsicher.

Unsere Großeltern empfanden die Erfindung des Telefons als Revolution. Für uns ist das Smartphone zum Alltag geworden. Aber in der Zukunft wird keiner von uns mehr ein Smartphone mit sich herumtragen. Künftig

*Wenn
uns die digitalen
Systeme besser kennen als
wir uns selbst, dann können sie
dank künstlicher Intelligenz besser
voraussagen, was gut für uns ist, als wir
selbst. Wollen wir das wirklich? Wenn
uns am Ende die künstliche Intelligenz
vorschreibt, wie wir unser Leben füh-
ren sollen, dann haben wir etwas
falsch gemacht.*

werden wir alle diese Kommunikationszentrale schlichtweg in unserem Körper eingestekt tragen – mit einem Chip unter der Haut.

„Chip-Implantat Pflicht ab 2016 für jeden US-Bürger, ab 2018 auch in der EU“, lautete eine vielzitierte Falschmeldung, die 2014 durch die Presse geisterte. Hintergrund war ein US-amerikanischer Gesetzesentwurf, der vorsah, einen Chip in jeder Person zu implantieren, die von der Gesundheitsreform des damaligen US-Präsidenten Barack Obama profitieren wollte. Der Chip wäre vergleichbar mit der Krankenkassenkarte in Deutschland. So weit ist es letztlich nicht gekommen. Aber das Beispiel zeigt, dass das Konzept eines Chips unter der Haut in der Politik angekommen ist.

Technisch und gesundheitlich ist ein Chip keine große Sache. Hierzu wird einfach eine winzige Kapsel unter der äußeren Hautschicht zwischen Daumen und Zeigefinger implantiert. Der minimale Eingriff kann von einer Krankenpflegekraft oder in einem Piercing-Studio durchgeführt werden. Mit einer Abwehrreaktion ist nicht zu rechnen, schließlich wird kein Organ eingepflanzt. Im Übrigen leben heute schon viele Menschen mit Implantaten, beispielsweise Herzschrittmachern, künstlichen Gelenken oder Brustimplantaten. Es wäre also medizinisch nichts wirklich Neues, aber dennoch revolutionär für die meisten Menschen, mit einem Computerchip im Körper zu leben.

Vom Ausspähen zum Bevormunden

Die permanente Erfassung und Auswertung hat zur Folge, dass die Behörden und die Digitalkonzerne heute schon häufig mehr über uns wissen als unsere Lebenspartner. Doch das ist erst der Anfang. Wir geraten dadurch in eine Abhängigkeit von der digitalen Welt, die bereits unseren Alltag bestimmt. Der Schritt von dieser Abhängigkeit zur Bevormundung ist klein. Wenn uns die digitalen Systeme besser kennen als wir uns selbst, dann können sie dank Künstlicher Intelligenz besser voraussagen, was gut für uns ist, als wir selbst. Wollen wir das wirklich? Wenn uns am Ende die Künstliche Intelligenz vorschreibt, wie wir unser Leben führen sollen, dann haben wir etwas falsch gemacht.

ERSTE KLINIK FÜR AKUT-GERIATRIE IN BERLIN ERÖFFNET

Es ist eine ungewöhnliche Entstehungsgeschichte für ein ungewöhnliches, aber notwendiges Krankenhaus, das da am 25. Januar 2019 seine Pforten öffnete (vgl. auch Souverän 1-2018, S. 31). Berlin ist nicht nur Bundeshauptstadt, sondern auch Hauptstadt der Hochaltrigen, also der über 80-Jährigen. Deren Anzahl liegt gegenwärtig bei 180.000 und soll allein bis 2030 auf ca. 260.000 steigen. Das ist grundsätzlich gut und zeigt, dass die Deutschen immer gesünder und immer älter werden. Dann allerdings benötigen sie meist eine spezielle Betreuung und Behandlung, weil mitunter viele Krankheiten parallel behandelt werden müssen, man spricht dann von multi-

morbiden Patienten. Für diese gibt es nun ein direkt auf deren Bedürfnisse zugeschnittenes Krankenhaus, die Arona-Klinik für Altersmedizin in Berlin-Marzahn, dem am schnellsten alternenden Berliner Stadtbezirk. Neuartige, besondere Medikamententests beispielsweise, die in der Arona-Klinik erstmals in Deutschland angewendet werden, sollen Interaktionen zwischen Medikamenten aufdecken und so Intoxikationen vermeiden. Die Klinik ist direkt an das bekannte Unfallklinikum Berlin-Marzahn angedockt und kann mit seinen erst einmal 60 Betten Patienten aus dem ganzen Stadtgebiet aufnehmen. Ungewöhnlich an der neuen Klinik ist auch: Sie ist rein privat finanziert worden, steht aber auch Kassenpatienten offen. Sie gehört zur Upwind Holding GmbH, die nach eigenen Angaben 30 Millionen Euro in das Projekt investiert hat. Der Bau erfolgte ohne öffentliches Fördergeld, sagt Upwind-Geschäftsführer Laurent Burkart. Und das ist bisher einmalig in der Berliner Krankenhauslandschaft. Dass die Klinik nun mit voller Ausstattung an Ärzten, Pflegekräften, Sozialarbeitern und Physiotherapeuten den Betrieb aufnehmen kann, habe aber sicher auch damit zu tun, dass das Gehaltsniveau „eher übertariflich“ sei. Das neue Krankenhaus ist daher also nicht nur für die älteren Patienten, sondern auch für

die Mitarbeiter des Hauses attraktiv. Arbeitgeber Laurent Burkart: „Wir haben das Recruiting für die 80 Stellen ausschließlich über soziale Netzwerke betrieben und hatten eine hohe Resonanz mit weit mehr als 300 Bewerbern.“ Es ist zu hoffen, dass dieses Leuchtturmprojekt, das zudem noch als papierloses Krankenhaus agiert und damit auch Pionierfunktion in Sachen Digitalisierung hat, bundesweit Schule macht. **KS**



MENSCH RAIFFEISEN. STARKE IDEE!



Am 30. März 2018 jährte sich der Geburtstag von Friedrich Wilhelm Raiffeisen zum 200. Mal. Der im Westerwald geborene Genossenschaftsgründer (1818-1888) ist einer der großen Sozialreformer unserer Geschichte. Er entwickelte die Idee des modernen Genossenschaftswesens. Deutschland sieht sich 200 Jahre nach Raiffeisen vor zahlreiche neue Herausforderungen gestellt. Europa kämpft um seinen Zusammenhalt und muss zugleich darauf hinwirken, für seine Bürger attraktiv zu bleiben. Eine angemessene Teilhabe an Wachstum und Wohlstand ist dabei eine Kernforderung. Die Genossenschaften vernetzen Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft – regional, national, europäisch und auch global. Darum war der Geburtstag des Mannes, der mit seiner Idee die Welt verändert hat, so bedeutend: Friedrich Wilhelm Raiffeisen war – ebenso wie auch Hermann Schulze-Delitzsch – ein Mensch mit einer starken Idee. Mehr als 22 Millionen Deutsche sind heute Mitglied einer Genossenschaft – fast 1,2 Milliarden sind es weltweit. Allesamt organisieren sie in gemeinsamen Unternehmen Lösungen für Waren-, Dienstleistungs- und Geldgeschäfte aller Art; dazu gehören auch Kranken- und Altenbetreuung, der Bildungs- und Sozialbereich und der Energiesektor. Genossenschaften können stolz sein auf ihre Geschichte, und es ist ein deutliches Zeichen, dass die UNESCO Ende November 2016 die genossenschaftliche Idee in die „Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit“ aufgenommen hat. Es gilt, den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, zu bewahren und auch zu erneuern. Dieser Idee sind die Genossenschaften verpflichtet. **KS**

JZ

ALT HILFT ALT

Im schönen Riedlingen in Oberschwaben hilft die Generation 60 plus schon seit fast 30 Jahren sich selbst. 1991 nämlich gründete dort der Kommunalpolitiker Josef Martin den Verein „Senioren-genossenschaft Riedlingen“. Grundgedanke: Wenn junge Leute fehlen, um den Alten behilflich zu sein, die in ihren Wohnungen eigenständig bleiben wollen, muss das Potenzial der Älteren mobilisiert werden. Viele, die aus dem Beruf ausscheiden, fühlen sich schließlich noch fit und sind bereit, bei anderen Menschen Hilfestellung zu leisten. Kochen, Rasen mähen, zum Arzt fahren, Besorgungen machen, waschen, bügeln, bei Spaziergängen begleiten – in Riedlingen zahlt der Hilfsbedürftige dafür zwischen 9,20 und 9,50 Euro pro Stunde. Der Helfer erhält davon 7,50 Euro, die Differenz geht an die Genossenschaft für deren Betriebs- und Verwaltungskosten. Die Bezahlung erhalten die Helfer entweder in bar oder als Gutschrift auf einem Stundenkonto, das

in Anspruch genommen werden kann, wenn der heutige Helfer später selbst Hilfe benötigt. So bessern die einen ihre Kasse auf beziehungsweise betreiben Altersvorsorge, die anderen bekommen günstige Hilfe. Das Konzept geht auf. Rund 400 alte Menschen werden derzeit von 150 Helfern betreut, der Umsatz der rund 800 Mitglieder umfassenden Genossenschaft liegt bei rund 1,2 Millionen. Diese ist allerdings auch noch Betreuungsträger von zwei Wohnanlagen mit 68 barrierefreien Wohnungen mitten in der Stadt, führt zwei Tagespflegestätten und bietet Essen auf Rädern und eine 24-Stunden-Telefonbereitschaft. **KS**





Geschenkt dazu: 4 Spezialausgaben!

Als Dankeschön für Ihr Interesse erhalten Sie zu Ihrer Probeausgabe vier exklusive Sonderausgaben von *simplify your life* zu den zentralen Themen: Aufräumen, Zeit, Von Mensch zu Mensch und Genug ist Genug!

Jeden Monat neue Anregungen für Ihr Leben

- Endlich Zeit für das Wesentliche >
- Den Alltag entschleunigen >
- Ballast abwerfen >
- Beziehungen verbessern >
- Mehr Lebensfreude >
- und vieles mehr ... >

Ihr
Gratisheft!

So machen Sie Ihr Leben leichter.

Sichern Sie sich Ihre Probeausgabe von *simplify your life*!
Entdecken Sie jetzt, wie Sie Ballast abwerfen, Ihr Leben leichter machen und den Weg zum inneren Glück finden. So entrümpeln Sie Ihr Zuhause, verändern die Beziehungen zu anderen Menschen und vereinfachen viele wichtige Bereiche für ein neues Lebensgefühl. Jetzt Gratisausgabe testen und den ersten Schritt zum inneren Glück machen!

**„Erleben Sie
mehr Leichtigkeit.“**



Werner Tiki Küstenmacher

„Ich lade Sie ein, meine bewährten Anleitungen und Tipps kennenzulernen, mit denen Sie loswerden, was Sie belastet. Selbstverständlich kostenlos.“



Hier abtrennen und abschicken

Einfach ausfüllen und absenden:

Ja, ich möchte eine Ausgabe von *simplify your life* kostenlos kennenlernen. Bitte senden Sie mir meine GRATIS-Ausgabe von *simplify your life* und die kostenlosen Sonderausgaben ohne Risiko zu. Wenn ich innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt keine gegenteilige Mitteilung mache, möchte ich eine Ausgabe von *simplify your life* regelmäßig erhalten. Senden Sie mir dann jeden Monat die neueste Ausgabe (plus 6 Spezialausgaben pro Jahr) zum Einzelpreis von 9,95 € (inkl. Porto und Verpackung) zu. Faire Bezugsbedingungen: Das Abo kann ich jederzeit beenden. Keine Mindestlaufzeit. Eine kurze Mitteilung an uns genügt. Meine Probeausgabe und die 4 Sonderausgaben darf ich in jedem Fall behalten.

Vorname Nachname

 Straße Hausnummer

 PLZ Ort

 Datum Unterschrift

Datenschutzhinweis: Verantwortliche Stelle ist der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Str 2-4, 53177 Bonn, Tel: 0228-8205-0, Internetseite: www.vnrag.de. Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter den genannten Kontaktdaten. Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie auf <http://www.vnrag.de/datenschutz> und auf Nachfrage von uns. Im Falle einer Bestellung erhalten Sie weitere Informationen hierzu mit einem Antwortschreiben.

Gleich senden an: *simplify your life*, Theodor-Heuss-Staße 2, 53177 Bonn, oder Fax an: 0228-36 96 141

Einfach online bestellen: www.simplify.de/bestellen

| Stunde null IN SYRIEN?

Zur Jahresmitte 2011 wurde aus überwiegend friedlicher Opposition ein bewaffneter Aufstand. Wesentliche Verantwortung hierfür trägt die syrische Regierung, die massive Gewalt gegen Demonstranten einsetzte. Doch wurde die Opposition auch von den USA, Großbritannien und Frankreich und ihren regionalen Alliierten Türkei, Katar und Saudi-Arabien zum gewaltsamen Regimewechsel ermuntert und unterstützt. Diese Entscheidung war fatal. Denn dadurch verlor die Opposition ihre „demokratische Unschuld“ und wurde zur von außen abhängigen Bürgerkriegspartei. Im Gegenzug suchte sich die syrische Regierung militärische Unterstützung bei Russland und dem Iran.

US-Präsident Barack Obamas Absage seines Vergeltungsschlags für den Fall eines Chemiewaffeneinsatzes (13.9.2013) führte zu Enttäuschung unter den Rebellen und einem Zulauf zu Islamisten und Dschihadisten. Katar, Saudi-Arabien und die Türkei nahmen nun weniger Rücksicht auf westliche Interessen und scheuten auch nicht vor einer Unterstützung radikaler Gruppierungen zurück. Im Jahr 2014 verdrängte der aus Irak kommende „Islamische Staat“ (IS) alle anderen Rebellengruppen sowie die al-Qaida-treue al-Nusra-Front aus dem Osten. Damit kam neben Regierung, Rebellen sowie den Norden kontrollierenden kurdischen Milizen eine vierte Kriegspartei hinzu. Obwohl der IS keinerlei Allianzen einging und alle Akteure attackierte, fügte er faktisch den Rebellen die größten Verluste zu. Außerdem änderten sich nun die Prioritäten westlicher Staaten: Statt gegen Assad vorzugehen, stand nun die Bekämpfung des IS im Vordergrund.

Im Jahr 2015 gelang es der militärisch unter Druck geratenen syrischen Regierung, Russland zu einer Militärintervention zu bewegen. Für Moskau eröffnete sich damit die Chance, seinen bestehenden Einfluss im Nahen Osten zu erweitern sowie aus Russland eingesickerte dschihadistische Kämpfer außerhalb seines Staatsgebiets zu bekämpfen. Die russische Intervention sollte außerdem grundsätzlich demonstrieren, dass Moskau einen von außen betriebenen Regimewechsel nicht duldet. Mit Hilfe russischer Kampfflugzeuge und Militärberater sowie iranischer Stellvertretermilizen konnte die syrische Regierung das von ihr kontrollierte Territorium sukzessive erweitern, z.B. im Dezember 2017 Ost-Aleppo zurückerobern. 2018 kontrollierte sie wieder 58 Prozent des Landes. Mit Unterstützung Russlands und des Irans sowie in Abstimmung mit den USA besetzte die Türkei

Nach sieben Jahren Kämpfen, rund 500.000 Toten sowie 13 Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen ist der Krieg in Syrien weitgehend beendet. Sieger sind die syrische Regierung, noch mehr aber Russland und der Iran. Möglicherweise können von Schutzmächten garantierte Einflusszonen für eine Übergangszeit die kriegesischen Auseinandersetzungen einfrieren und die Basis für innersyrische Friedensgespräche schaffen.

2016/17 die nördliche Region um Dscharablus/Al Bab sowie 2018 den von PKK-nahen kurdischen Milizen kontrollierten Distrikt Afrin im Nordwesten. Zwar kann man noch nicht von einer Allianz der Türkei mit Russland und dem Iran sprechen, jedoch von einer Politik der Äquidistanz gegenüber allen Seiten, die inzwischen von Erdoğan offen propagiert wird.

Derzeitige Lage

Als letzte Rebellengruppe blieb die westliche Region Idlib übrig. Mitte Januar 2019 schlug hier die aus der dschihadistischen al-Nusra-Front hervorgegangene Hajat Tahrir al-Scham die von der Türkei unterstützten Rebellen vernichtend. Damit hat die syrische Regierung eine Legitimation für die angestrebte Rückeroberung von Idlib. Die Türkei hat hingegen einen Trumpf bei kommenden Friedensverhandlungen verloren.

Im Norden und Osten haben PKK-nahe Kurden und westliche Luftschläge den IS weitgehend niedergekämpft. Doch muss man damit rechnen, dass sich IS-Reste im Untergrund neu formieren und zur verdeckten bzw. terroristischen Kriegführung (auch in Europa) übergehen werden.

Folgende Akteure kontrollierten 2018 jeweils bestimmte Zonen:

- Russland, syrische Regierung: Küstenprovinzen Latakia und Tartus; ca. 4.300 russische Soldaten;
- Iran, syrische Regierung: von Damaskus/Aleppo bis zum westlichen Euphratufer bis zu 20.000 Revolutionärgardisten und ca. 60.000 schiitische Milizionäre;

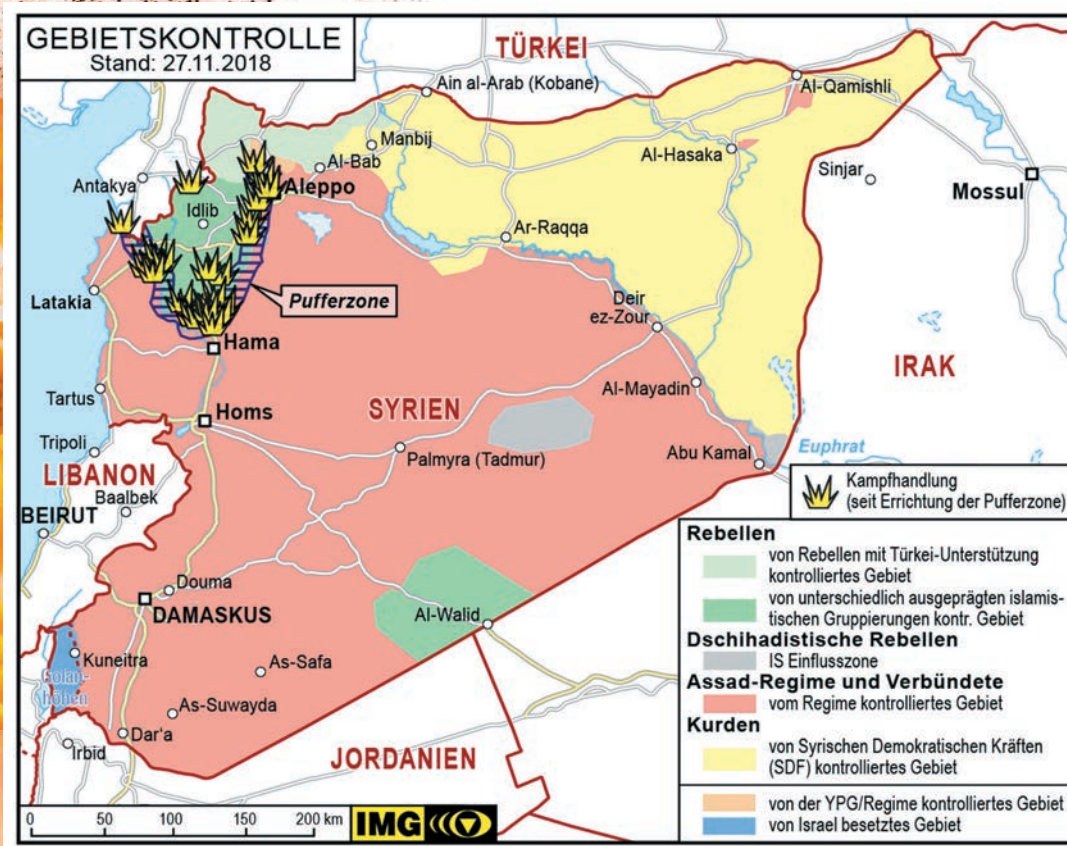
- Türkei, FSA-Rebellen: von der türkisch/syrischen Grenze bis zum westlichen Euphrat-Ufer; Zahl türkischer Soldaten unbekannt;
- USA, Frankreich und verbündete PKK-nahe Kurden nebst arabischen und turkmenischen Milizen: vom östlichen Euphrat-Ufer bis zur syrisch/irakischen Grenze; ca. 2000 US-Soldaten und 100 französische Soldaten.

Die türkisch kontrollierte Zone soll die Entstehung eines kurdischen Staatswesens verhindern. Durch die Ansiedlung arabischer Flüchtlinge und Flucht kurdischer Einwohner werden die demografischen Verhältnisse verändert. Neue Schulen werden gegründet, die Türkisch unterrichten und dem türkischen Erziehungsministerium unterstehen. Immer wieder drohte Präsident Erdoğan damit,

Aus dem Hintergrund agiert Israel. Als „rote Linie“ wird die Weitergabe von Hitech- oder Massenvernichtungswaffen an die in Syrien kämpfende Hisbollah bzw. die Errichtung militärischer Stützpunkte durch den Iran betrachtet. Wenn dies drohte, griff Israel zu gezielten Luftschlägen. Seit dem Jahreswechsel 2018/19 werden sie intensiviert.

Den mit dem Syrien-Krieg verbundenen Aufmerksamkeitsverlust für den Nahostkonflikt nutzte die Regierung Netanjahu dazu, die Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten voranzutreiben und vollendete Tatsachen für eine oktroyierte Friedenslösung zu schaffen. Mit der Hilfe von US-Präsident Trump will man dieses Ziel nun erreichen.

Zerstückelter Kriegsschauplatz: die Machtsphären der in Syrien involvierten in- und ausländischen Kriegsparteien.




auch Manbidsch und die Gebiete östlich des Euphrat anzugreifen, um einer PKK-nahen Kurdenherrschaft ein Ende zu bereiten.

Saudi-Arabien und Katar sind in Syrien keine relevanten Akteure mehr. Seit 2017 sind beide Staaten wegen ihrer Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Muslimbruderschaft und den Iran verfeindet, und Katar ist vollauf damit beschäftigt, das Embargo arabischer Golfstaaten zu unterlaufen. Saudi-Arabien konzentriert sich nun auf seine gegen den Iran gerichtete Militärintervention im Jemen. In Syrien hat es sich damit abgefunden, dass Assad an der Macht bleibt, will ihn jedoch nach Möglichkeit vom Iran abbringen.

Wechselseitig vereinbarte Einflusszonen als Übergangslösung?

Die übergangsweise Schaffung externer Einflusszonen könnte einen verlustreichen „Endkampf“ vermeiden und einen belastbaren Waffenstillstand herstellen. Damit wäre eine Voraussetzung für Friedensgespräche zwischen den syrischen Konfliktparteien geschaffen. Ein aus Regierungsanhängern, Oppositionellen und Unabhängigen zusammengesetztes „Verfassungskomitee“ hat sich Ende 2018 konstituiert. Ein Vorteil von Einflusszonen wäre auch, dass die problematischste Streitfrage „Bleibt Assad oder muss er gehen?“ erst einmal vertagt würde, ohne dass er die Macht über ganz Syrien zurückgewinnt.

The background of the page features a large, vibrant explosion with orange and yellow flames and a spray of dark particles, creating a sense of conflict and urgency.

Die übergangsweise Aufteilung Syriens könnte als Vorbild für eine spätere Dezentralisierung bzw. Föderalisierung Syriens dienen. Freilich besteht die Gefahr, dass sie sich verstetigt und schließlich zur territorialen Desintegration Syriens führt. Ein Rezept für erfolgversprechende Konfliktlösung ist Landteilung aber nicht. Denn auch nach massenweiser Flucht und Vertreibung sind noch keine exklusiven Gebiete für bestimmte Bevölkerungsgruppen entstanden. Außerdem schaffen neue Grenzen meist neue Probleme. Schließlich könnte sich der Sezessionsvirus in der Region ausbreiten. So würde ein kurdischer Staat in Nordostsyrien gleichgerichtete Sezessionsbestrebungen im Irak, Iran und der Türkei anfachen.

Überraschender US-Abzug aus Syrien

Nach einem Telefongespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan twitterte US-Präsident Donald J. Trump am 14. Dezember, dass er die US-Truppen aus Syrien „rasch“ abziehen werde. Der IS sei besiegt. Es sei unnötig, dass sich die USA als „Polizist des Mittleren Ostens“ aufspielten. Syrien sei „schon lange verloren“, hier gäbe es keine Rohstoffe, sondern nur „Sand und Tod“. Damit gab Trump dem türkischen Präsidenten Erdoğan grünes Licht für eine Militäroffensive gegen die PKK-nahen Kurden.

Die Ankündigung löste hohe politische Wellen aus. Eine Woche später trat US-Verteidigungsminister James N. Mattis zurück. Missbilligung war auch von den (nicht vorher informierten) europäischen Alliierten, von US-Demokraten und sogar namhaften US-Republikanern zu hören. Frankreich erklärte, seine im Norden Syriens stationierten ca. 100 Soldaten vorerst dort zu belassen. Drei zentrale Kritikpunkte wurden vorgebracht: Erstens gäben die USA zu Beginn der politischen Neuordnung Syriens ersatzlos ein wichtiges Einflussinstrument aus der Hand. Zweitens würden die USA die PKK-nahen Kurden im Stich lassen. Das im Nordosten entstehende Vakuum würde der Iran besetzen. Außerdem würde das Assad-Regime profitieren, dem sich die PKK-nahen Kurden notgedrungen als Schutz vor der drohenden türkischen Militäroffensive zuwenden müssten. Drittens würde die Verlässlichkeit der US-Politik grundsätzlich in Frage gestellt, wenn europäische Alliierte vor den Kopf gestoßen und örtliche Verbündete im Stich gelassen würden.

Mit dem US-Abzug entfällt ein Sperrriegel gegen eine iranische Expansion. Teheran kann nun seine Bemühungen um Gewinnung von Partnern im Nordosten Syriens intensivieren und versuchen, das strategische Ziel einer Landbrücke bis zum Mittelmeer zu realisieren. Die USA verzichten außerdem auf einen Hebel gegenüber der syrischen Regierung bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung. Denn im Nordosten befindet sich der Großteil der Ölfördergebiete. Den USA und der EU verbleibt freilich der Hebel der Wiederaufbaufinanzierung – weder Russland noch der Iran können dies aus eigener Kraft leisten. Die PKK-nahen Kurden verlieren eine Rückversicherung

gegen türkische Angriffe. Sie haben deshalb bereits die syrische Regierung um Beistand ersucht.

Russland und der Iran jubelten freilich nur verhalten über den US-Abzug. Denn nach dem Abzug des gemeinsamen Gegenspielers dürfte ihre machtpolitische Rivalität stärker hervortreten. Aufsehen erregten am 19. Januar Gefechte zwischen einer von Russland ausgerüsteten und ausgebildeten und einer vom Iran kontrollierten syrischen Armeeeinheit. Es ging um die Kontrolle der strategisch wichtigen Ebene al-Ghab in der Provinz Hama.

Motive für die Entscheidung

Trump hatte zweifellos innenpolitische Motive für seine Entscheidung. Es gibt aber auch außenpolitische Argumente, die dafür sprechen. So wäre es unrealistisch, den faktischen Sieg Russlands, des Irans und Assads nachträglich revidieren zu wollen. Zudem ist das Bündnis Washingtons mit einem zur PKK-Familie zählenden, autoritären und undemokratischen Partner langfristig nicht haltbar. Hinzu kommt, dass die US-Militärpräsenz ausgeweitet werden müsste, um nachhaltigen Einfluss im Nordosten/Osten auszuüben. Dies wäre aber kostspielig und riskant. Mit dem absehbaren Ende des militärischen Kampfs gegen den IS entfällt zudem jede völkerrechtliche Grundlage für den Einsatz von US-Soldaten in Syrien.

Durch ihren Abzug minimieren die USA die Risiken einer offenen Konfrontation mit der syrischen, russischen und iranischen Armee. Den Iran können die USA auch von Jordanien, dem Irak oder der Türkei aus einhegen. Zudem steht der US-Alliierte Israel Gewehr bei Fuß.

Wenn nun die Nachkriegsordnung Syriens festgelegt werden wird, bietet es sich für die großen externen Akteure an, ihren militärischen Fußabdruck zu reduzieren und ihre politischen Stellvertreter in Stellung zu bringen und zu legitimieren. Noch nicht absehbar ist, ob die Europäer ihre berechtigten Interessen in Syrien stärker einbringen werden oder nur auf passive „Scheckbuchdiplomatie“ setzen.

Zweifellos ist Wladimir Putin nun der umworbene „starke Mann“. Er pflegt gute Kontakte zu Iran wie zu Israel, er hat seine Beziehungen zu der in ihren Möglichkeiten begrenzten Türkei in den letzten Jahren deutlich intensiviert, und auch Saudi-Arabien sucht die Annäherung an Russland, dessen Einfluss in Syrien als kleineres Übel gegenüber dem iranischen gesehen wird. Von Bedeutung wird sein, inwieweit die Türkei an Russland heranrücken, sich ggf. sogar in eine Dreierallianz mit dem Iran einfügen wird. Allerdings sind die finanziellen und militärischen Ressourcen Moskaus begrenzt, und es wird schwierig sein, die divergierenden Vorstellungen der drei Regionalmächte unter einen Hut zu bringen. Wahrscheinlich werden wir für längere Zeit einen durch Einflusszonen abgesicherten „frozen conflict“ in Syrien erleben. Wiederaufbau und teilweise Flüchtlingsrückkehr werden möglich sein, ein tragfähiges Friedensabkommen wird aber noch auf sich warten lassen. 

Der Autor:
Dr. Martin Pabst ist
Politikwissenschaftler
und Leiter des
Büros Forschung &
Politikberatung
in München.

Für alle Souverän-
Leser 6 Wochen gratis!

Endlich da!

Die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC

Unsicher am PC? Fragen über Fragen? Und keiner hilft Ihnen richtig weiter? Damit ist jetzt Schluss! Martin Koch von der Initiative PC-Wissen für Senioren zeigt Ihnen die einfache Schritt-für-Schritt-Anleitung für Ihren Computer, auf die Sie schon so lange gewartet haben.

Stellen Sie sich vor:

- Nicht Sie fragen, wie man in Word ein Bild so einfügt, dass der Text ganz einfach drumherum fließt ..., sondern: SIE erklären es einem guten Freund!
- Nicht Sie fragen, wie man eine Vorlage so einscannet, dass sie direkt als versendbare PDF statt als Bild gespeichert wird ..., sondern: SIE erklären es einer Bekannten!
- Nicht Sie fragen, wie man eine ZIP-Datei sicher öffnet – und den Inhalt sofort in einem bestimmten Ordner ablegt – sondern: SIE erklären es Ihrem Nachbarn!
- Nicht Sie fragen, wie man Skype so einstellt, dass Ihre Kontakte jederzeit verfügbar sind ..., sondern: SIE erklären es Ihrem „technikverrückten“ Enkel!

„Klar, das hört sich gut an“, denken Sie vielleicht ... „Doch wie soll das möglich sein? Bei solchen technischen Computer-Themen winke ich meist schnell ab. Denn bislang bin ICH ja derjenige, der häufig fragen muss, wie so etwas funktioniert.“

Und machen wir uns nichts vor: Beim ersten Mal Fragen nimmt man sich noch hilfsbereit Zeit für Sie. Beim zweiten Mal kommt dann schon: „Ach, das ist doch ganz einfach, das müsstest du doch wissen ...“. Und spätestens beim dritten Mal denkt der andere: „Das habe ich doch letzte Woche schon mal erklärt ...“. Da traut man sich doch kaum mehr, überhaupt noch zu fragen! Und das ist ganz falsch. Denn erstens:

Es gibt keine dummen PC-Fragen! Und zweitens: Bisher gab es einfach keine vernünftige Anleitung, die einem den PC ohne Fachchinesisch und ohne unnötigen Technik-Firlefanz erklärt! Oder ha-



„Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren!“

ben Sie jemals eine echte Gebrauchsanleitung von Ihrem PC-Händler bekommen, wenn Sie sich einen neuen Computer gekauft haben?

„Es ist einfach unfassbar, dass die Hersteller ihre Milliarden in immer neue (oft unnütze) Software und Technik stecken – es aber nicht schaffen, eine wirklich EINFACHE Gebrauchsanleitung für Anwender beizulegen. Das Einzige, was sie mit ihren Neuerungen erreichen: dass wir uns wieder einmal vor dem Bildschirm unsicher und hilflos fühlen! Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren!“, sagt Martin Koch, Gründer der Initiative *PC-Wissen für Senioren*.

Doch damit ist jetzt endlich Schluss! *PC-Wissen für Senioren* ist die Gebrauchsanleitung, auf die Sie schon so lange gewartet haben. Die speziellen Schritt-für-Schritt-Anleitungen sind in leicht verständlichem, klaren Deutsch. Wir halten

Sie auf dem Laufenden und sagen Ihnen, welche Anschaffungen wirklich sinnvoll für Sie sind. So sparen Sie sich teure Fehlkäufe. Weil Sie nicht auf jedes Werbeversprechen der Computer-Industrie hereinfallen.

Überraschen Sie ab jetzt Ihre Bekannten, Ihre Freunde und Ihre Familie. Alle werden sich fragen, wieso Sie sich plötzlich so gut mit Ihrem PC auskennen. „Tja“, dürfen Sie dann denken, „jetzt kann ICH euch mal zeigen, wie etwas funktioniert!“ Sie möchten den Beweis, dass es wirklich so einfach ist? Dann überzeugen Sie sich selbst:

Sie sind herzlich eingeladen! Als Leser von Souverän können Sie die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC jetzt 6 Wochen gratis testen. Einfach Coupon unten ausfüllen und gleich absenden.

GRATIS-Test-Coupon einfach einsenden an: Initiative PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, per Fax an: 0228 / 36 96 350 oder Sie bestellen schnell online unter

www.pc-wissen-senioren.de/souveraen

GRATIS-Test-Coupon

Ja, bitte schicken Sie mir *PC-Wissen für Senioren* zum kostenlosen 6-Wochen-Test zu. Wenn mich der Test überzeugt und ich *PC-Wissen für Senioren* behalten möchte, habe ich Anrecht auf den ermäßigten Startpreis: Ich erhalte das 432 Seiten umfassende Handbuch zum Preis von nur 14,95 € statt 24,95 €. Porto und Versandkosten übernimmt der Verlag für mich. Zusätzlich merke ich mich für den Aktualisierungs- und Ergänzungsservice von *PC-Wissen für Senioren* vor. Diesen Service, der mein Handbuch und mich auf dem neuesten Stand hält, erhalte ich für nur 24,97 € pro Ausgabe. Eine Verpflichtung zur Abnahme der Lieferungen entsteht hieraus nicht. Ich kann den Bezug von *PC-Wissen für Senioren* jederzeit ohne Angabe von Gründen und ohne Kündigungsfrist beenden.

SPC 6838

Vorname und Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift X

Gleich einsenden an: PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, oder Fax an: 0228 / 36 96 350

VORSTOSS IM EU-PARLAMENT: *Kampf* GEGEN DEN KREBS

Fast jeder vierte Deutsche stirbt an Krebs. Jetzt macht die größte Fraktion im Europäischen Parlament den Kampf gegen diese heimtückische Krankheit zu ihrer Priorität.



Der Autor: Dr. med. Peter Liese ist gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Krebs ist eine der größten Herausforderungen, der sich viele Europäer stellen müssen. Nahezu jeder dritte Europäer erkrankt im Laufe seines Lebens an Krebs. Jeder Europäer weiß, wie schmerzhaft eine Krebserkrankung nach wie vor ist und welche weitreichenden Folgen sie hat. Fast jeder hat einen Freund oder einen Familienangehörigen, der an Krebs leidet oder an dieser schrecklichen Krankheit sogar gestorben ist. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament macht den Kampf gegen Krebs daher jetzt zu ihrer Priorität.

Unter Federführung des CDU-Europaabgeordneten Dr. med. Peter Liese hat die Fraktion ein Papier beschlossen, welches ein ambitioniertes Ziel hat: „Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass in 20 Jahren niemand mehr in Europa an dieser schrecklichen Krankheit sterben muss“, sagte Peter Liese, der auch gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion ist. Als Beispiel führte Liese die HIV-Erkrankung auf, die vor wenigen Jahren noch tödlich verlaufen ist, dank ungeheurer Anstrengungen heute aber zum Glück den Status einer chronischen Erkrankung hat. Zwar seien viele Bereiche der Gesundheitspolitik, wie zum Beispiel die Organisation der Krankenhäuser oder die Frage, welche Therapie finanziert wird, Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Dennoch kann und muss auch Europa einen wichtigen und entscheidenden Beitrag im Kampf gegen den Krebs leisten. In dem EVP-Strategiepapier verpflichtet sich die größte Fraktion im Europäischen Parlament, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Dazu werden zwölf konkrete Punkte angesprochen. So soll das Budget der Europäischen Union für Krebsforschung beispielsweise von jetzt 200 Millionen Euro

pro Jahr auf 400 Millionen pro Jahr verdoppelt werden. Einen besonderen Schwerpunkt legt die Fraktion auf die Behandlung von Krebs bei Kindern. Europäische Kooperation ist bei der Erforschung und Bekämpfung von Krebs aus vielen Gründen wichtig, bei Kindern ist sie aber unverzichtbar.

Glücklicherweise erkranken Kinder nicht sehr häufig an Krebs. Wenn es aber dann doch passiert, ist es ein besonders schlimmes Schicksal für die Familie. Aufgrund der niedrigen Fallzahlen können sinnvolle Forschung und spezialisierte Therapie nur mithilfe europäischer Kooperation gelingen. Durch geringe Aktivität der Pharmaindustrie auf dem Gebiet kindlicher Krebserkrankungen sind wir umso mehr auf innovative akademische Forschung angewiesen, die von öffentlichen Geldgebern finanziert werden muss. „Diese Gelder sind gut investiert. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft, und deshalb schulden wir es ihnen, möglichst viel in ihre Gesundheit zu investieren“, sagte Liese. Weitere Punkte, die sowohl Forschung als auch organisatorische Rahmenbedingungen, Verbesserung der Vorsorge und Früherkennung sowie Prävention betreffen, werden angesprochen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist jedoch auch die Betreuung der Krebspatienten. So soll es Personen mit einer Krankheit im Endstadium erlaubt sein, weiterhin zu arbeiten, wenn sie dies möchten. Außerdem soll die Palliativmedizin gestärkt werden. „Bei der berechtigten Fokussierung auf die Bekämpfung von Krebs dürfen wir die bereits erkrankten Krebspatienten nicht vergessen. „Hier gilt es, auch mit Hilfe europäischer Politik, die Situation der Patienten so gut es eben geht zu gestalten“, sagte der Arzt und Europaabgeordnete. ■

INFORMATION UND BERATUNG BEI ALTERSABHÄNGIGER MAKULA-DEGENERATION

Wenn Buchstaben „tanzen“, Linien Wellen schlagen, Gesichter verschwimmen oder sich das Sehen allgemein verschlechtert, können dies Anzeichen für krankhafte Veränderungen der Netzhaut sein, die sogenannte altersabhängige Makula-Degeneration (AMD).



Unterstützen Sie unsere Solidargemeinschaft

im Kampf gegen drohenden Sehverlust und Erblindung!
Werden Sie Mitglied / Fördermitglied und profitieren Sie von der Mitgliederzeitschrift, einer kostenlosen Rechtsberatung, regelmäßigen Stammtischen und vielem mehr. Bleiben Sie informiert! Als Mitglied der PRO RETINA erhalten Sie seriöse Neuigkeiten direkt und aus erster Hand.

Gerne senden wir Ihnen ein kostenloses Infopakett zu.

PRO RETINA Deutschland e.V.
Telefon (0228) 227 217 0
E-Mail: info@pro-retina.de

AMD – Was ist das?

Der Grund für die Erkrankung sind Stoffwechselprodukte, die sich unter der Netzhaut ablagern, genau an der Stelle des schärfsten Sehens, der Makula. Die Folge: In der Mitte des Gesichtsfeldes sieht der Betroffene zunehmend verschwommen. Bereits heute zählt die AMD mit ca. 7 Mio. Betroffenen zu den häufigsten Erblindungsursachen in Deutschland. Jeder vierte über 70-jährige Bundesbürger lebt mit dieser Augenkrankheit. Einige fortgeschrittene Formen sind heute schon behandelbar. Regelmäßige Vorsorge ist deshalb wichtig!

Man unterscheidet zwei Formen: die „feuchte“ AMD, deren Verlauf man bei rechtzeitiger Diagnose durch eine Spritzenbehandlung aufhalten oder verlangsamen kann. Und die „trockene“ AMD, auch geografische Atrophie genannt, von der ca. 80 % der AMD-Patienten betroffen sind und für die es noch keine Therapie gibt.

EYE-RISK-Projekt identifiziert Risikofaktoren für AMD

Um dies zu ändern und den drohenden fortschreitenden Sehverlust zu stoppen, ist PRO RETINA als einzige Patientenvereinigung Mitglied im europäischen Forschungsprojekt EYE-RISK.

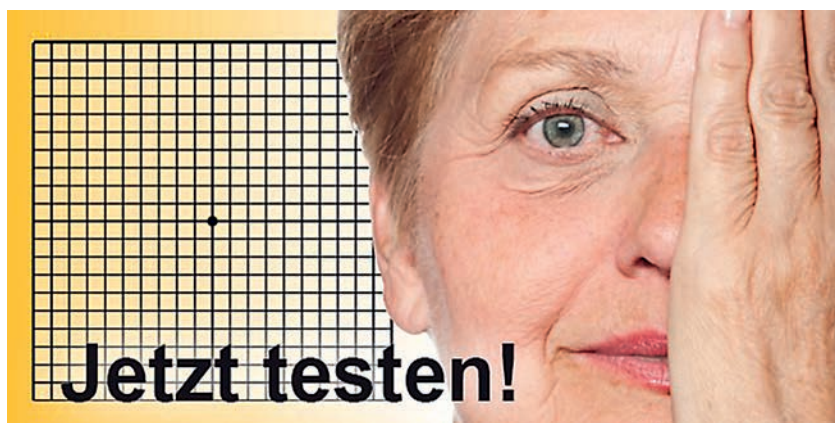
Bei einer krankhaften Veränderung der Netzhaut bis hin zur Entwicklung einer AMD spielen genetische Dispositionen und Risikofaktoren (z.B. Rauchen, Alter) eine zentrale Rolle. Das EYE-RISK-Projekt hat zum Ziel, diese Risikofaktoren genauer zu identifizieren und Therapieansätze zu entwickeln. Anhand von großen Datenmengen werden Algorithmen zur Risikobestimmung erstellt, um bei Menschen mit einem hohen Risiko, an AMD zu erkranken, früh eingreifen zu können. Die Ergebnisse spielen eine tragende Rolle bei der Entwicklung neuer Therapien.

Hilfe und Unterstützung durch PRO RETINA

Bis eine wirksame Therapie für alle AMD-Betroffenen gefunden wird, steht PRO RETINA Ihnen mit Rat und Tat zur Seite. In unserer Selbsthilfeorganisation haben sich bundesweit über 6000 Betroffene in 60 Regionalgruppen zusammengeschlossen, um sich gegenseitig Mut zu machen, die Krankheit gemeinsam zu bewältigen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Unsere ausgebildeten ehrenamtlichen Berater bieten kostenlose telefonische Beratung bei Fragen zum Krankheitsbild, Hilfsmitteln und sozialen Themen.

Sie suchen Rat und Unterstützung oder möchten Infomaterial zur AMD bestellen? Kontaktieren Sie uns unter (0228) 227 217 0 oder info@pro-retina.de.

Amsler-Gitter-Test zur Früherkennung



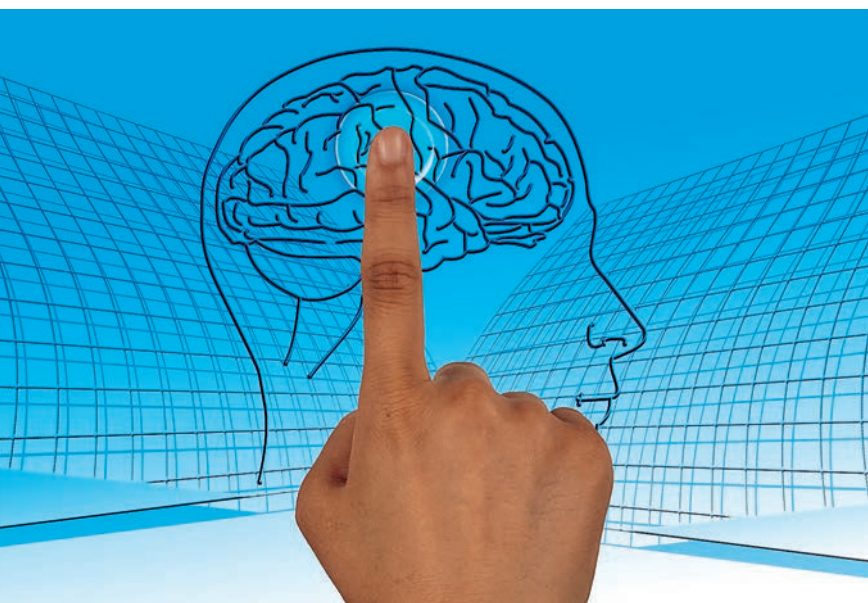
Ein Auge abdecken. Auf den Punkt in der Mitte konzentrieren. Sehen Sie die Linien wellenförmig, verschwommen oder verzerrt, kann es ein Hinweis auf eine krankhafte Veränderung der Netzhaut sein. Kontaktieren Sie umgehend Ihren Augenarzt. www.pro-retina.de/amslergitter

Helfen Sie helfen!

Mit Ihrer Spende

IBAN: DE39 3905 0000 0000 0041 50
BIC: AACSD33XXX

/ LEBENSSTIL HINTERLÄSST *Spuren* IM *Gehirn*



Wissenschaftler des Forschungszentrums Jülich zeigen in einer aktuellen Studie, wie stark sich eine gesunde beziehungsweise ungesunde Lebensführung auch im Gehirn widerspiegelt. Überraschend klar lässt sich in unserem Denkkorgan zudem ablesen, wie stark ein Mensch in sein soziales Umfeld eingebunden ist.

Die Jülicher Forscherinnen und Forscher vom Institut für Neurowissenschaften und Medizin (INM-1) analysierten gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Jülich, Düsseldorf, Essen und Basel die Daten von 248 Frauen und 301 Männern im Alter von 55 bis 85 Jahren. Hierbei konnten sie sowohl auf Kernspinaufnahmen der Gehirne als auch auf einen umfangreichen Datensatz zu der Lebenssituation der Probanden zurückgreifen. Für die nun vorliegende Arbeit wurden die Faktoren soziales Umfeld, Alkohol- und Tabakkonsum sowie körperliche Aktivität berücksichtigt. „In bisherigen Studien wurde meist nur ein einzelner dieser Aspekte beleuchtet“, hebt Professorin Svenja Caspers hervor. „Unser Datensatz erlaubt es jedoch, alle vier Aspekte gleichzeitig in jedem einzelnen Probanden zu betrachten und dabei auch Effekte aufzudecken, die erst durch das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren zustande kommen.“

„Sport, soziale Kontakte und Alkohol wirken sich nach unseren Ergebnissen direkt auf die Gehirnstruktur aus“, erklärt INM-Forscherin Nora Bittner. „Die graue Substanz in bestimmten Regionen des Gehirns ist zum Beispiel bei Menschen, die in einem regen sozialen Umfeld leben, besser erhalten als bei Menschen, die wenige soziale Kontakte haben. Auch sportlich aktive Menschen zeigen im Alter einen geringeren Volumenverlust des Gehirns als inaktive

Zeitgenossen, belegen weitere Studien. Ein hoher Alkoholkonsum wirkt sich hingegen negativ auf die Gehirnstruktur aus, geht also mit einem Gehirnabbau und dem Verlust von Nervenzellen einher“, führt die Wissenschaftlerin aus. Sowohl die Reduktion von Nervenzellen als auch des Gehirnvolumens gelten im Alter als mitverantwortlich für eine geringere geistige Leistungsfähigkeit und Flexibilität.

Rauchen hingegen beeinflusst weniger die Gehirnstruktur, sondern vielmehr die Gehirnfunktion, stellte Nora Bittner in ihrer Arbeit fest. „Es zeigte sich, dass die sogenannte funktionelle Konnektivität, also die gezielte Zusammenarbeit von Hirnregionen untereinander, im ruhenden Gehirn bei Rauchern höher ist als bei Nichtrauchern“, hebt Bittner hervor. „Wir gehen davon aus, dass dadurch die kognitive Reserve bei Rauchern geringer ist, da die betreffenden Regionen schon im Ruhezustand auf Hochtouren laufen und damit kein Leistungspuffer mehr frei ist“, erklärt Bittner. Als kognitive Reserve gilt die Fähigkeit des Gehirns, zusätzliche Kapazitäten im Gehirn zu aktivieren, also mehrere Bereiche zur Lösung eines Problems hinzuzuziehen, um zum Beispiel Alterungsprozesse zu kompensieren. Sind diese Bereiche schon anderweitig ausgelastet oder geschädigt, kommt es folglich zu einer geringeren geistigen Kapazität.

„Unsere Forschungsergebnisse zeigen eindrucksvoll, dass allgemeingültige Aussagen zu einer gesunden Lebensführung sich auch anatomisch und funktionell im Gehirn widerspiegeln“, betont Svenja Caspers. Ergänzend untersuchte das Team auch genetische Veranlagungen, die mit einem erhöhten Rauchverhalten beziehungsweise Alkoholkonsum einhergehen. „Zusammen mit unseren Kollegen aus der Genetik konnten wir belegen, dass die Erbinformationen offensichtlich eine nebensächliche Rolle spielen. Wichtiger als die pure Veranlagung ist also das tatsächliche Verhalten“, hebt Nora Bittner hervor. Überrascht war das Forscherteam auch von der starken Korrelation zwischen sozialer Interaktion und der ausgeprägten Hirnstruktur. „Der positive Zusammenhang zwischen körperlicher Aktivität und geistiger Leistungsfähigkeit ist schon länger bekannt und gut belegt“, sagt Caspers. „Dass nun ein intensives oder geringes Sozialleben ebenfalls deutliche Spuren im Gehirn hinterlässt, eröffnet eine Vielzahl von neuen Forschungsfragen.“ Zum Beispiel, ob sich Sport in einer Gruppe – also im sozialen Kontext – anders auf die geistige Leistungsfähigkeit und ein gesundes Altern auswirkt als ein einsamer Waldlauf ...




Quelle: DeutschesGesundheitsPortal

SU AUF DEM CDU-BUNDESPARTEITAG IN HAMBURG

Die Senioren-Union war nicht nur mit 98 Mitgliedern in den Reihen der 1.001 Delegierten auf dem Bundesparteitag vertreten, denn insgesamt waren immerhin 251 Wahlberechtigte über 60 Jahre alt und stellten damit ein Viertel der Delegierten dieses ungewöhnlichen und spannenden Bundesparteitags. Mit einem eigenen repräsentativen Stand hatte sich die Senioren-Union zusammen mit dem Deutschen Hausärzterverband im Ausstellerbereich platziert. Unter der Überschrift „Gemeinschaftspraxis – handeln, heilen, helfen“ wollten sowohl die Hausärzte als auch die Senioren auf das wichtige Thema Digitalisierung im Gesundheitswesen aufmerksam machen. Die Bandbreite der am Stand präsentierten Themen beeindruckte auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der selbst in seinem Haus mit Amtsantritt die neue Abteilung V schuf, die sich ausschließlich mit der Digitalisierung im Gesundheitswesen beschäftigt.

Der im November 2018 durch die 17. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigte Prof. Dr. Otto Wulff wurde auch durch den 31. Bundesparteitag der CDU in Hamburg mit 80,6 Prozent wieder als Beisitzer in den CDU-Bundesvorstand gewählt.

Die Sachanträge des Bundesvorstands der Senioren-Union, die Anträge C 51 bis C 56, wurden wie von der Antragskommission empfohlen angenommen (C 51, C 54) oder an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (C 52, C 53, C 55) und in einem Fall (C 56) an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin überwiesen.

- C 51: „Bekanntnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz“
- C 52: „Anpassung des Bundesaltentplanes an den Kinder- und Jugendplan des Bundes“
- C 53: „Schutz und Nutzung von Gesundheitsdaten“
- C 54: „Grenzüberschreitende Projekte zur Optimierung der Gesundheitsversorgung und -vorsorge“
- C 55: „Kampf gegen multiresistente Keime in Human- und Veterinärmedizin“
- C 56: „Tag der Deutschen Einheit“ 




AUSZEICHNUNG FÜR CLAUD BERNHOLD UND HEINZ SOTH

Im Rahmen eines Festaktes in der Botschaft der Republik Österreich zeichnete der österreichische Botschafter, Dr. Peter Huber, im Beisein des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Pressebeauftragten der Senioren-Union, Claus Bernhold, und den Schatzmeister und Außenpolitischen Sprecher der Senioren-Union, Heinz Soth, mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich aus. Der Botschafter würdigte in seiner Laudatio den langjährigen und vorbildlichen Einsatz der beiden Geehrten,

u.a. im Rahmen der regelmäßigen Dreiländertreffen der Senioren-Union der CDU und CSU Deutschlands mit der Seniorenorganisation der Österreichischen Volkspartei – dem österreichischen Seniorenbund – und politischen Freunden aus Südtirol. Auch habe Heinz Soth in seiner Rolle als Außenpolitischer Sprecher und als Mitglied der deutsch-österreichischen Gesellschaft in Düsseldorf lange an einem regen Austausch mit unserem südlichen Nachbarn gearbeitet und auf den verschiedensten Ebenen zur Vertiefung der Freundschaft beider Länder beigetragen. 

MEDAILLE FÜR WERNER PAHNHENRICH

Auf einstimmigen Beschluss des Bundesvorstandes der Senioren-Union wurde am 3. Juli 2018 in Potsdam dem Landesgeschäftsführer der SU Brandenburg, Werner Pahnhenrich, für seine außerordentlichen Verdienste um die Stärkung und Festigung des Landesverbandes die Konrad-Adenauer-Medaille verliehen. Pahnhenrich empfing die Medaille unter starken Beifallsbekundungen der Landesdelegiertenversammlung aus den Händen des Landesvorsitzenden Ingo Hansen. (Anm. der Red.: Die Meldung erreichte uns durch einen elektronischen Übermittlungsfehler erst mit Verspätung.) 



Elbe

**Schöner, ruhiger,
günstiger wohnen**

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de



Professor-Wohltmann-Straße

NOTFALLDOSE IM WAHLKAMPF- UND WERBEEINSATZ

Manchmal zählt jede Sekunde: Ein älterer Herr wird von seiner Nachbarin in der Küche bewusstlos aufgefunden, Rettungssanitäter und Notarzt kommen dazu. Doch, um bestmöglich helfen zu können, brauchen sie wichtige Informationen – zum Beispiel, ob der Patient Medikamente einnimmt, ob er Diabetiker ist oder vielleicht einen Herzschrittmacher trägt. Immer mehr Menschen haben zu Hause auch einen Notfall- oder Impfpass, einen Medikamentenplan oder eine Patientenverfügung. Doch wo sollen die Rettungskräfte solches finden?

Hier hilft eine seit 2014 von einem Lieferanten im Gesundheitswesen vertriebene Notfalldose, die in den letzten Monaten auch in den Medien von sich reden machte. Auch Apotheken haben sie schon in ihr Sortiment aufgenommen. In den kleinen Dosen lassen sich zu Hause im Kühlschrank alle wichtigen medizinischen Daten über einen Pa-



tienten aufbewahren. Damit der Rettungsdienst bzw. Notarzt die Dose finden kann, müssen die in der Notfalldose enthaltenen Aufkleber an der Haustür innen und an der Kühlschranktür außen platziert werden. Die Informationen in der Notfalldose können

übrigens auch eine große Hilfe für Angehörige, Freunde und Bekannte sein, die in einer solchen Notfallsituation unter Stress stehen.

Die Notfalldose eignet sich hervorragend als Werbegeschenk in der Mitgliederwerbung oder im Straßenwahlkampf. Einige Landesverbände der Senioren-Union berichten von sehr guten Erfahrungen, die kleine „Gabe“ wird von den Angesprochenen als sehr sinnvoll und nützlich empfunden. Wer die Notfalldose einsetzen will, kann diese im Onlineshop unter www.notfalldose.de bestellen. Aber:

Je mehr Dosen man bestellt, desto günstiger wird natürlich der Preis. Es empfiehlt sich daher eine Bündelung über die Landesgeschäftsführer der Senioren-Union, die dann entsprechende Stückzahlen anfordern könnten. Ansprechpartner für solche Bestellaktionen sind ebenso die

BUNDESVERDIENSTKREUZ FÜR LEONHARD KUCKART

Am 16. Januar verlieh NRW-Ministerpräsident Armin Laschet dem langjährigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Senioren-Union, Leonhard Kuckart, das Bundesverdienstkreuz. Laschet hatte den verdienten Politiker aus Schwelm, den er als Mann „mit Ecken und Kanten“ bezeichnete, dazu in sein Dienstzimmer mit Rheinblick in der Staatskanzlei in Düsseldorf eingeladen. In seiner Laudatio würdigte er das engagierte Eintreten von Kuckart für die Belange der älteren Generation. Kuckart habe immer klare Positionen bezogen, sagte Laschet, und kommentierte: „Zu viel Konsens kann auch dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich frustriert von der Politik abwenden.“


Konstruktiv streitbar und damit als Garant für Vielfältigkeit fungierte Leonhard Kuckart auch in seiner Rolle als langjähriger Souverän-Beauftragter der Senioren-Union. Unter seinen Fittichen gewann das Mitgliedermagazin an Renommee über die Parteigrenzen hinaus.



Hohe Auszeichnung: NRW-Ministerpräsident Armin Laschet ließ es sich nicht nehmen, den langjährigen SU-NRW-Vorsitzenden und stellv. Bundesvorstand Leonhard Kuckart persönlich auszuzeichnen.




WORTE, DIE WIRKEN

Benutzen Sie eine emotionale und bildhafte Sprache? Schreiben Sie so, wie Menschen im Alltag sprechen: einfach und klar? Diese und andere Fragestellungen der politischen Kommunikation behandelt eine neue 16-seitige Broschüre der CDU unter dem Titel „Worte, die wirken – Leitfaden für eine verständliche und wirkungsvolle Sprache“. Der Leitfaden gibt Tipps und Hinweise, wie man die eigenen politischen Anliegen wirkungsvoll in Sprache umsetzt. Die Broschüre steht für CDU-Mitglieder unter CDUplus zum Download bereit. 

DR. BERNHARD WORMS 70 JAHRE CDU-MITGLIED

Der Ehrenvorsitzende der Senioren-Union und ehemalige Bundesvorsitzende, Dr. Bernhard Worms, wurde zu Beginn der ersten Vorstandssitzung des neuen Jahres vom gegenwärtigen Vorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, für ein besonderes Jubiläum gewürdigt: Dr. Worms ist seit nunmehr Januar 1949 Mitglied der CDU.


In der kurzen und sehr persönlichen Erwiderung auf die Glückwünsche ging Dr. Worms auf die Umstände und Merkwürdigkeiten ein, die ihn letztlich in die CDU und keine andere Partei gebracht hatten. Prägend für ihn und politisch wegweisend waren die eigenen Lebensumstände in den letzten Kriegsmonaten des Jahres 1945. Dr. Worms beschrieb in kurzen Worten die Wegstrecke und die Erfolge, die seither seine Zeit in der CDU markierten und die er begleiten durfte. Schlussfolgernd mahnte er die Rolle der Senioren-Union als Wächter der Werte an, für die die CDU stand und steht und auf deren Grundlage sie ihre bisherigen Erfolge erzielen konnte. 



PERSPEKTIVE FÜR UNION 60+

Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich im Anschluss an eine Fraktions-sitzung zusammengefunden, um über die Gründung einer Gruppe der Älteren in der Fraktion anlog der jungen Gruppe oder der Gruppe der Frauen zu beraten. Man wolle nicht nur die Themen forciert aufgreifen, die allein die ältere Generation betreffen, sondern sich im Sinne der Generationengerechtigkeit zu Themen artikulieren und für selbige einsetzen, die gerade von den Erfahrungsträgern der Fraktion als relevant und wichtig empfunden werden. Hier wolle man sich klarer und deutlicher äußern. Die Gründung einer solchen Gruppe war insbesondere von der Senioren-Union seit Jahren favorisiert worden, weil auch die Etablierung von anderen Gruppen in der Fraktion zum

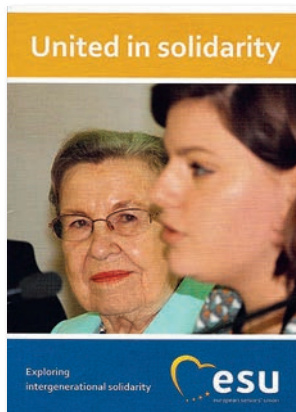
großen Erfolg der Union beigetragen hat. Die Senioren-Union erhofft sich damit einen stärkeren Einfluss der CDU/CSU-Fraktion auf die älteren Wählerinnen und Wähler, die in den kommenden Jahren einen immer größer werdenden Teil der Wählerschaft ausmachen.

Als bald soll ein weiteres Treffen stattfinden, um über die Voraussetzungen für diese gemeinsame Arbeit zu sprechen. Dazu werden neben den Initiatoren auch alle anderen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über 60 Jahre geladen. 



„UNITED IN SOLIDARITY“ / „IN SOLIDARITÄT VEREINT“

Die Solidarität zwischen den Generationen und ihr Zusammenwirken zu fördern gehört zu den Grundanliegen der Europäischen Senioren-Union. Es vergeht kaum eine Veranstaltung, zu der nicht junge Leute eingeladen werden. Zuletzt waren Vertreter der jungen Generation in Prag zugegen, als die ESU den Blick auf die Europawahlen „und darüber hinaus“ richtete. Die Jüngeren bekommen eine Plattform für ihre Gedanken, Erfahrungen und Anregungen. Häufig sind andere, befreundete Organisationen und Einrichtungen mit dabei. Das ist in Deutschland gute Praxis und wird auch in weiteren Ländern so gehalten, in denen die ESU mit ihren Mitgliedsverbänden präsent und aktiv ist. Eine von der ESU zu Jahresbeginn herausgegebene Broschüre mit



der verdienten Altersforscherin Prof. Ursula Lehr (im Juni 89 Jahre) auf der Titelseite fasst zusammen, wann wer wie über das Thema referiert hat. Es wird daran erinnert, dass es schon 1993 ein „Europäisches Jahr des älteren Menschen und der Solidarität zwischen den Generationen“ gegeben hat, von dem Impulse für die anhaltende Diskussion und praktische politische Tätigkeit

in besagtem Sinn ausgingen. Der ESU ist es gelungen, 2017 in Malta das für die Gesellschaft unverzichtbare Prinzip in das Strategiepapier der Europäischen Volkspartei „Europas Zukunft sichern / Secure Europe's Future“ einzubringen. Bislang liegt die Broschüre nur in englischer Sprache vor. (Kontaktadresse: esu@epp.eu / Tel.: +32 2309 28 66.)

AN HERMANS AN CLAUS BERNHOLD

Zur Auszeichnung durch den österreichischen Botschafter in Deutschland hat die Präsidentin der Europäischen Senioren-Union, Prof. Dr. An Hermans, dem Mitglied des ESU-Exekutivkomitees Claus Bernhold herzlich gratuliert (siehe auch Seite 33).



In der ESU ist Claus Bernhold Ideengeber und Praktiker, an der Erarbeitung von Standortpapieren beteiligt und leidenschaftlicher Verfechter der Anliegen und Rechte älterer Bürger im Alltag allüberall. Er bereichert die Diskussion bei der traditionellen Sommerakademie der ESU und gibt einem großen Kreis politisch Interessierter regelmäßig Kenntnis über aktuelle Nachrichten und Kommentare der Medien.

AUS DEM ESU-KALENDER

21.-23. März, BOZEN (IT/Südtirol): Konferenz der Südtiroler Senioren-Vereinigung mit Repräsentanten der Nachbarländer

28. Juni – 1. Juli, WIEN (AT): Jubiläum „Zehn Jahre Sommerakademie für Führungskräfte“ und „Sommerakademie 2019“: Bilanz und Lehren der Europawahlen

27.-29. September, SANDANSKI (BG): ESU-Wahlkongress. Ausrichter: bulgarischer Mitgliedsverband SGERB

6.-8. November, BRATISLAVA(SK): Konferenz des Slowakischen Mitgliedsverbandes mit Beteiligung der Nachbarländer

19. November, Zagreb: ESU-Präsidium

19.-21. November, Zagreb (Kroatien): statuar. EVP-Kongress mit ESU-Beteiligung

FOLGT AUF HEINZ K. BECKER NUN WOLFRAM PIRCHNER?

Für Heinz K. Becker, die Stimme der ESU im Europaparlament, geht die Tätigkeit als Abgeordneter mit den Wahlen am 26. Mai zu Ende. Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB), teilte mit, dass er nicht erneut kandidieren wolle. Sie dankte ihm für seinen Einsatz in Europa und nannte ihn ein „Vorbild“. Sieben Jahre hatte Becker, der auch Vizepräsident der ESU und Generalsekretär des ÖSB ist, für die bürgerlichen Freiheiten, die Rechte der Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter, die gesellschaftliche Position der Senioren und die Generationensolidarität gekämpft. Frau Korosec präsentierte inzwischen in Wolfram Pirchner einen möglichen Nachfolger des EU-Parlamentariers. Er hat bei der Abstimmung in der Österreichischen Volkspartei Listenplatz 6 belegt und braucht möglichst viele „Vorzugsstimmen“, um, wie sie erklärt, „tatsächlich eine starke Stimme für die Generation 50+ sein zu können“. Die ESU bedauert Heinz K. Beckers Rückzug und wünscht Wolfram Pirchner viel Erfolg. Erfolg wünscht die ESU auch Ondry Tunega, der für den Slowakischen Seniorenbund kandidiert.

ELMAR BROKS STIMME WIRD FEHLEN

Dass Elmar Brok nicht erneut als Kandidat für das Europäische Parlament nominiert wurde, wird in ESU-Kreisen bedauert. Der deutsche Vollblutpolitiker hat die Zuhörer in vielen Ländern mit seinem umfassenden Wissen aus fast 40-jähriger Abgeordnetentätigkeit begeistert und zu politischem Engagement ermutigt. Aus der Rednerliste der alljährlichen Führungsakademie in Wien ist er nicht wegzudenken. Zum Glück ließ der 72-jährige verlauten, dass er weiterhin für seinen „Lebenstraum Europa“ arbeiten wolle. Zweimal war er für längere Zeit Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments.

Verantw. für diese Seite: Ulrich Winz

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in *Souverän* interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Mittelstand – Melkkuh der Nation

Zur *Souverän* 4-2018, S. 36 ff.

Seit Jahrzehnten beklagen alle Steuerzahler die hohe Abgabelast in Deutschland. Dabei wird immer der Vergleich mit anderen Ländern mit geringeren Steuerabgaben zugrunde gelegt. Bewusst oder mit Absicht wird dabei vernachlässigt, dass die Abgaben in Deutschland auch einen erheblichen Teil für die eigene soziale Sicherheit enthalten, die es in vielen Ländern in diesem Maß nicht gibt. Die soziale Absicherung in vielen Ländern ist damit – wenn überhaupt finanzierbar – zusätzlich privat zu zahlen. Private Krankenkasse, Arbeitslosen-, Pflegeversicherung und Rentenvorsorge dürften erheblich teurer sein als unser staatliches, sehr sicheres Sozialsystem. Einer der Gründe, warum manch einer mit höherem Alter mit Tricks versucht, in Ersatz-Pflege(-Krankenkasse) zu wechseln, da die Privatversicherung für sie unbezahlbar geworden ist. Die ehemals vielgepriesene Riesterrete ist hier ein abschreckendes Beispiel. ...

Viele Länder erheben darüber hinaus kommunale Abgaben, die wir in Deutschland nicht kennen. Das können sein: Schulgeld und hohe Studiengebühren, unterschiedliche kommunale Steuern für Bücherei und Feuerwehr, Mautgebühren für überörtliche Straßen und Brücken, Arztbesuch und Arzneimittel werden direkt bezahlt. Ist es Absicht, dass diese Abgaben in diesen Vergleichen nie auftauchen?! Wenn wir in Deutschland unsere sozialen Errungenschaften abschaffen wollen, ist die Abgabenlast wesentlich geringer, dafür werden weitere Hunderttausende und mehr Menschen, die sich aus finanziellen Gründen nicht privat versichern können, in noch größerer Armut leben!

Paul Breuer, 50354 Hürth

Rentenkommission muss auch heiße Eisen anpacken/Länder im Rentencheck

Zur *Souverän* 2-2018, S. 16 ff. sowie *Souverän* 4-2018, S. 33 (Leserbriefe)

Herr Silvanus beschäftigt sich mit dem Dauerbrenner „Altersversorgung der Beamten und Rentner“. Und vergleicht mal wieder, um zum Ergebnis zu kommen: Die Einkommen der Rentner liegen 56 % unter denen der Beamten.

Und das sei ungerecht. Ich finde den Beitrag des Schreibers ungerecht, weil falsch. Bei der beamtenrechtlichen Versorgung handelt es sich um ein eigenständiges Alterssicherungssystem, das in seinen Grundlagen keinesfalls mit der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung verglichen werden kann. Daran ändert auch nichts, dass beide Systeme in der veröffentlichten Meinung permanent gleichgesetzt werden. Im Gegenteil: Die gesetzliche Rente beruht auf den Grundsäulen des Sozialversicherungsrechts. Der Versicherte (und sein Arbeitgeber) leisten Zahlungen, aus denen später die Rentenleistung berechnet und gezahlt wird. Dabei darf nicht außer Betracht bleiben, dass der Staat jährlich große Summen von (wohlgemerkt auch von den Beamten nicht zu knapp aufgebracht) Steuermitteln aus dem Bundeshaushalt in die Rentenkasse überweist. Schon heute sind es 100 Milliarden Euro und mehr pro Jahr – wahrlich alles andere als ein Pappenstiel.

Ein Vergleich beider Altersversorgungssysteme verbietet sich schließlich auch deshalb, weil mit Sozialrenten einerseits und Beamtenpensionen andererseits unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Die gesetzliche Rente ist zu keinem Zeitpunkt als allumfassende Vorsorge der Arbeitnehmer verstanden worden. Man denke nur an die nicht zu vernachlässigenden Betriebsrentenansprüche sowie die Anwartschaften aus Versorgungswerken! Das Beamtenversorgungssystem hat demgegenüber die Aufgabe, eine dem Status angemessene Altersversorgung für den Beamten und seine nächsten Familienangehörigen auch im Ruhestand so zu gewährleisten, dass er keine größeren Einbußen seines Lebensstandards hinnehmen muss.

Hans Burggraf, 53879 Euskirchen

Risiken und Gefahren der Bargeldabschaffung

Zur *Souverän* 4-2018 und zu den Beiträgen in *Souverän* 4-2017, S. 39, sowie *Souverän* 1-2018, S. 37)

Dem Einkäufer erscheint es zunächst bequemer, mit der EC-Karte oder künftig auch mit dem Handy zu zahlen. Doch wollte er sich einen genauen Überblick über seine geleisteten Ausgaben und Kontobewegungen verschaffen, müsste er Belege und Auszüge sammeln und später überprüfen (Zettelwirtschaft). Wer will sich diese Mühe schon machen? Mit Bargeld kann ich dagegen die Transaktion sofort sorgenfrei abschließen, und ich gebe keine persönlichen Daten von mir preis. Ich werde nicht zum gläsernen Menschen, und das Guthaben auf meinem Konto kann nicht durch einen Hacker-Angriff oder durch einen Absturz des Systems verlorengehen. Bargeldlose Zahlung bedeutet zudem für viele eine Schul-

denfalle, weil sie nicht mehr so einfach ihren aktuellen Kontostand überblicken können. Aus all dem folgt: Freiheit und Sicherheit des Nutzers sind bei einer Bargeldabschaffung nicht mehr gewährleistet. Ein Vergleich aus dem Bereich der Telekommunikation: Gäbe es kein Telefon mehr, müsste man sich auf E-Mail-Verkehr beschränken. Bei Bargeldlosigkeit existieren die Bankguthaben nur virtuell, d. h., ich habe nicht mehr die Möglichkeit, mein Geld abzuheben und mit nach Hause zu nehmen, stattdessen hält die Bank ihre Hand drauf und kann sogar mein Guthaben mit Minuszinsen und Gebühren belegen. Das alles sind Argumente für die Barzahlung und den dauerhaften Erhalt des Bargeldes.

Die Abhebung am Bankautomaten sollte der Kunde aber mühelos und unkompliziert sowie vollkommen barrierefrei durchführen können. Dazu trägt unter anderem die richtungssortierte, vorderseitige Ausgabe der Geldscheine am Automaten bei. Durch das Aufstellen entsprechender Geräte würden die Banken auch ihre Kundenfreundlichkeit zum Ausdruck bringen. Die Forderung nach solchen Verbesserungen und dem Bargelderhalt ist nicht nur im Sinne von sehbehinderten und blinden Menschen, sie lässt sich meiner Meinung nach auch aus dem Grundgesetz ableiten, in dem die Gebote zur Freiheit und zu gleichen Chancen für alle Menschen verankert sind. Mein Anliegen ist mir sehr wichtig. Ich habe deswegen im Deutschen Bundestag eine Petition eingereicht. Das Plenum nahm sie an und erteilte der Bundesregierung den Auftrag, sich für sie einzusetzen. Die meisten Menschen sind gegen die Abschaffung des Bargeldes. Der Wunsch einer dauerhaften Beibehaltung wird durch die Verbesserung der Geldautomaten gestärkt, da dann der Umgang mit Bargeld noch einfacher und sicherer wird.

Raymund Haller, 76227 Karlsruhe

Alltags-Knigge

Zur *Souverän* 4-2018

Der Vorstand der Mainzer CDU-Senioren-Union macht sich Sorgen über Sprache und Verhalten der Menschen in unserem Land. Immer wieder werden verbale Ausfälle und einzelne Gewalttaten bekannt. Was wissen die Menschen noch von Ordnungsgütern wie öffentliche Ruhe, öffentlichem Anstand, sittlichem Empfinden, demokratischem Empfinden, religiösem Empfinden?

Und wer hält sich daran? Wer ist Vorbild? Wer könnte vorbildliches Verhalten vermitteln? Könnte eine unabhängige Institution einen „Alltags-Knigge“ erstellen, der dann von Politik, Wirtschaft und Medien beachtet werden sollte?

Ingrid Schappert, Mainz, per E-Mail

LEBZEITIGE SCHENKUNGEN, *Nutzung* VON FREIBETRÄGEN

Gütertrennung oder Zugewinnngemeinschaft – was ist hinsichtlich Schenkungen und Erbschaften zu berücksichtigen?

Die erbschaftssteuerlichen Freibeträge für die nächsten Angehörigen sind im Erbfall nach wie vor hoch. Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern steht ein Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro, Kindern und den Kindern verstorbener Kinder ein Freibetrag in Höhe von 400.000 €, Enkeln bei noch lebenden Kindern ein Freibetrag in Höhe von 200.000 €, Eltern und Voreltern ein Freibetrag in Höhe von 100.000 €. Den Übrigen steht ein Freibetrag in Höhe von 20.000 € auf ein Erbe zu. Insbesondere bei Erblassern mit mehreren Kindern sind die Freibeträge im Durchschnitt ausreichend.

Die Freibeträge können alle zehn Jahre steuerfrei ausgeschöpft werden. Wird daher rechtzeitig bei großen Vermögen mit der Gestaltung begonnen, können Freibeträge mehrfach im Zehnjahresturnus ausgeschöpft werden. Hinsichtlich der Freibeträge für die Kinder ist zu beachten, dass diese sowohl für den Erbfall nach dem Vater als auch für den Erbfall nach der Mutter Geltung haben.

Konzentriert sich das Vermögen nur auf einen Elternteil, kann daher überlegt werden, dieses unter den Eheleuten so zu verteilen, dass Freibeträge gegenüber den Kindern besser ausgeschöpft werden können. Grundsätzlich ist dabei zu beachten, dass Schenkungen zwischen Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern erbschafts- und schenkungssteuerlich der Steuerpflicht unterliegen.

§ 13 Abs. 4a ErbStG statuiert hiervon eine Ausnahme, und zwar für den Fall, dass ein Ehegatte dem anderen Ehegatten lebzeitig Eigentum oder Miteigentum an einem im Inland oder in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen bebauten Grundstück verschafft, soweit darin eine Wohnung zu eigenen Wohnzwecken genutzt wird (Familienheim). Das Gleiche gilt, wenn ein Ehegatte den anderen


Ehegatten von eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Anschaffung oder der Herstellung des Familienheims freistellt. Für eingetragene Lebenspartner gilt dies entsprechend.

Ist also einer der Ehegatten oder Lebenspartner grundbuchrechtlich alleiniger Eigentümer eines Familienheims, kann dieser einen Teil hiervon auf den anderen Ehegatten oder Lebenspartner lebzeitig schenkungssteuerfrei übertragen mit der Folge, dass nach jedem Ehegatten im Erbfall die Steuerfreibeträge in Bezug auf den Wert des anteiligen Familienheimes durch die Kinder genutzt werden können.

Eine weitere Ausnahme von der Schenkungssteuerpflicht enthält § 5 Erbschaftssteuergesetz für den lebzeitigen Ausgleich des Zugewinns. Danach unterliegt der Ausgleich des ehelichen Zugewinns nicht der Schenkungssteuer, wenn der Güterstand lebzeitig geändert und die Zugewinnausgleichsforderung damit fällig wird. Gestaltet wird dieser Wechsel durch den notariellen Abschluss eines Ehevertrags, mit dem Gütertrennung vereinbart wird. Ist der ehemalige gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft beendet, muss der Ehegatte, der den Zugewinn erwirtschaftet hat und der auf den Ehezeitraum bis zum Abschluss des notariellen Vertrags zu berechnen ist, dem anderen Ehegatten oder Lebenspartner den Zugewinn ausgleichen. Dieser Ausgleich erfolgt ohne Schenkungssteuer, da es sich um die Erfüllung eines gesetzlich geregelten Anspruchs handelt. Nach Ausgleich des Zugewinns sollte die Gütertrennung wieder aufgehoben und durch notariellen Vertrag in den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft zurückgewechselt werden. Dies ist deshalb von Vorteil, weil sich der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft zum einen auf die Pflichtteilsquoten der Kinder auswirkt. Während

sich bei der Zugewinnngemeinschaft eines Paares mit zwei Kindern der Pflichtteilsanspruch eines jeden Kindes auf 1/8 beläuft, liegt er im Fall der Gütertrennung bei 1/6 und damit höher. Zum anderen wird durch den Wiedereintritt in den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft bei gleichbleibenden Erwerbsverhältnissen wieder Zugewinn aufgebaut.

Haben Ehegatten oder eingetragene Lebenspartner bei Eheschließung abweichend vom gesetzlichen Güterstand die Gütertrennung gewählt, ist diese Gestaltung nicht mit der gleichen Folge möglich. Denn für den Wechsel von Gütertrennung zur Zugewinnngemeinschaft sieht § 5 Abs. 1 Satz 4 ErbStG vor, dass als Zeitpunkt des Eintritts des Güterstandes der Zeitpunkt des Vertragsschlusses gilt. Eine rückwirkende Vereinbarung der Zugewinnngemeinschaft auf den Zeitpunkt der Eheschließung ist aufgrund § 5 Abs. 1 Satz 4 ErbStG nicht möglich.

Gleichwohl kann auch hier der Güterstandswechsel sinnvoll sein. Denn wenn der den Zugewinn erwirtschaftende Ehegatte oder Lebenspartner nach Wechsel in den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft verstirbt, besteht die Möglichkeit, dass der überlebende Ehegatte die Erbschaft ausschlägt und den vollen Zugewinnanspruch geltend macht, da die zeitliche Beschränkung lediglich für den lebzeitigen Wechsel des Güterstandes gilt. Wegen der kurzen gesetzlichen Ausschlagungsfrist ist hier schnelles Handeln zur Bewertung von Erbeil und Zugewinn dringend anzuraten. 

Die Autorin: Rechtsanwältin **Susanne R. Wellmann LL.M.**, Bad Honnef, ist spezialisiert auf Erbschafts- und Erbschaftssteuerrecht.

„STASI 2.0“

Staat und Wirtschaft arbeiten Hand in Hand, um immer mehr Informationen über uns zu sammeln und daraus Personendossiers zu erstellen, von denen die Staatssicherheit der ehemaligen DDR nur träumen konnte. Das ist die Kernthese des neuen Buches „Stasi 2.0“, das im Verlag des Diplomatic Council, einer Denkfabrik, die die Vereinten Nationen berät, erschienen ist. Die Autoren Andreas Dripke und Markus Miksch zeigen auf, welches gigantische Ausmaß die Datensammelwut zwischenzeitlich angenommen hat. Die dabei verwendeten Technologien übersteigen in vielen Fällen die kühnsten Fantasien der meisten Science-Fiction-Autoren. Unsere Gesichtszüge

werden analysiert, um unsere Gedanken und Gefühle herauszufinden. Unser Körper wird biometrisch vermessen und unsere Gesundheit digital bewertet. Unsere Lebensgewohnheiten werden systematisch ausgespäht, von der Mimikererkennung bis zur Überwachung im Schlaf. Durch künstliche Intelligenz werden aus allen unseren Daten Personendossiers erstellt, die besser als wir selbst wissen, wer wir eigentlich sind.

Andreas Dripke/Markus Miksch: Stasi 2.0 – Wie uns Staat und Wirtschaft zu gläsernen Bürgern und nackten Verbrauchern machen, Taschenbuch, DC Publishing Verlag, 444 Seiten, ISBN: 978-3947818051

Andreas Dripke/Markus Miksch: Stasi 2.0 – Wie uns Staat und Wirtschaft zu gläsernen Bürgern und nackten Verbrauchern machen, Taschenbuch, DC Publishing Verlag, 444 Seiten, ISBN: 978-3947818051

EIN PROGRAMM ZUR VERTEIDIGUNG DER FREIHEIT

Der politische Islam ist eine massive Bedrohung für eine freie Gesellschaft. Prominente Wissenschaftler, Journalisten und Politiker stellen sich in diesem Buch gemeinsam gegen ihn. In fundierten Beiträgen zeigen sie die Probleme auf, etwa die Moscheenfinanzierung aus dem Ausland, die Auswüchse der Schariajustiz oder die Unterdrückung von Mädchen und Frauen. Die Autoren erklären aber auch, was gesetzlich oder in der Präventionsarbeit und in der Wertevermittlung getan werden muss, um den politischen Islam zurückzudrängen. Am Ende des Buches steht der Entwurf eines Maßnahmenpakets, das die Politik schnellstmöglich umsetzen sollte. Als Herausgeber fungieren Dr. Carsten Linnemann MdB und Prof. Dr. Winfried Bausback. Linnemann ist seit 2013 Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der



CDU/CSU (MIT) und auch stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Prof. Dr. Winfried Bausback ist CSU-Landtagsabgeordneter und seit 2007 Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der Universität Wuppertal. Dr. Carsten Linnemann und Winfried Bausback (Hrsg.): Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland – Wie wir unsere freie Gesellschaft verteidigen, Verlag Herder, Freiburg 2019, 288 Seiten, ISBN: 978-3-451-38351-9, 22,- Euro

BEEINDRUCKENDE NAHTODERFAHRUNGEN – Zeichen des Himmels

Vorwort von Marc Aillet, Bischof von Bayonne, Lescar und Oloron

Seit Jahren mehren sich die Zeugnisse über Nahtoderfahrungen. So ungewöhnlich diese auch sein mögen, so gibt es in der Zwischenzeit eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen darüber. Für die Betroffenen ist dies eine existenzielle Erfahrung. Ihre Sicht auf das Leben ändert sich nachhaltig, und sie haben keine Angst mehr vor dem Tod.

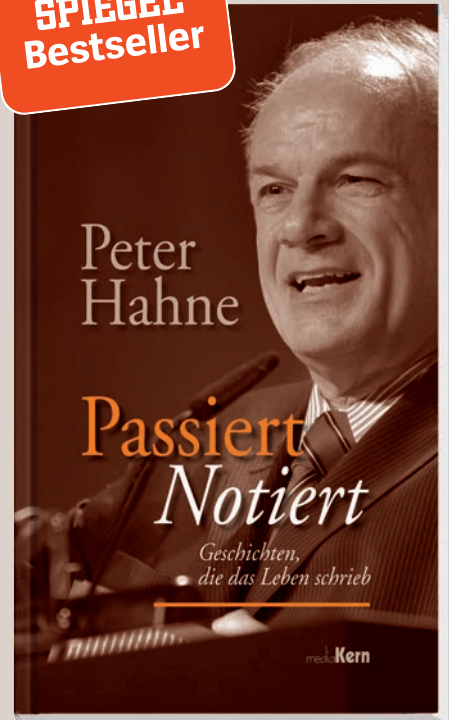


In diesem Buch werden bemerkenswerte Zeugnisse von Menschen wiedergegeben, die Nahtoderfahrungen erlebt haben. Der Autor, Dr. Patrick Theillier, langjähriger Leiter und verantwortlicher Arzt des Medizinischen Büros von Lourdes, ist überzeugt, dass es sich bei den Nahtoderfahrungen um Zeichen des Himmels handelt, die uns an unser spirituelles Wesen erinnern sollen und uns Einblick in das unsichtbare Leben geben. Patrick Theillier: Beeindruckende Nahtoderfahrungen – Zeichen des Himmels, geb., 224 Seiten, 18,95 Euro(D), 19,50 Euro (A), Media-Maria-Verlag und Versandbuchhandlung, ISBN 978-3-9479310-1-9

Neuer Hahne

persönlich – privat – profiliert

SPIEGEL Bestseller



Nr. 5.121.010 | 144 Seiten € 9,95

SPANNEND

Der Blick hinter die Kulissen

Bewegende Begegnungen

Erfahrungen und Erlebnisse

Erhellendes und Enthüllendes

Verlängerung
Frühbucherrabatt
bis 30.04.2019

Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!

Senioren
Union **CDU**

Reisetermin:

**26.08. bis
02.09.2019**

Reiseleistungen:

- Haustürabholung zu einem zentralen Treffpunkt inklusive Kofferservice
- Busfahrt im modernen Reisebus nach Passau (ggfs. mit Umstieg)
- Mittagsimbiss inklusive einem Getränk auf der Hin- und Rückfahrt
- Kreuzfahrt mit dem Flussschiff „nickoVISION“ ab/bis Passau
- Unterkunft in einer Außenkabine in der gebuchten Kategorie
- nickoVISION Vollpension:
 - Speisen Sie in drei Restaurants ohne Aufpreis
 - Reichhaltiges Frühstücksbuffet mit Kaffee / Tee und Säften
 - Mittags und abends Wahl zwischen mehrgängigen Menues, leichten Speisen und Themenbuffets
 - Kaffee / Tee nach Mittag- und Abendessen
 - Kaffee / Tee oder Mitternachtsnack je nach Tagesprogramm
 - Festliches Gala-Dinner
 - Begrüßungs- und Abschiedsempfang mit dem Kapitän
- Unterhaltungsprogramm an Bord
- Nutzung des Wellnessbereiches mit Fitnessraum, Sauna, Ruhebereich
- Alle Hafengebühren und Passagiergebühren
- Bordreiseleitung
- Kofferservice zwischen Anlegestelle und Kabine bei Ein- und Ausschiffung

DONAU- FLUSSKREUZFAHRT

Passau | Ybbs | Wien | Budapest |
Bratislava | Melk | Passau



Haustür-
abholung:
Ihre Reise beginnt
und endet vor Ihrer
Haustür.

nickoVISION*****

Mit ihrem innovativen Design und einem völlig neuen An-Bord-Konzept bietet die nickoVISION einen neuen Standard auf dem Fluss. Ein Schiff für alle, die Flusskreuzfahrten bisher „angestaubt“ fanden. Für alle, die sich z. B. nicht schon morgens festlegen möchten, wo und was sie abends essen. Für alle, für die im Urlaub vor allem spontanes Erleben und individuelles Genießen im Vordergrund stehen. Von außen fallen an dem Flusskreuzer sofort die großen Glasflächen und die markante Linienführung auf. Im Inneren drückt sich im lichtdurchströmten, edlen Interieur die Modernität und Leichtigkeit des Gesamtkonzepts aus.

Schon der bedeutende deutsche Lyriker Friedrich Hölderlin hatte die Donau treffend als „einen erfrischenden, melodischen Strom, mal übermütig schäumend, mal heiter träumend“ beschrieben. Kein anderer Fluss Europas inspirierte Dichter, Maler und Komponisten in ihrem Schaffen so sehr wie die Donau.

Bei Ihrer Flusskreuzfahrt lernen Sie den Abschnitt zwischen Passau und Budapest kennen. Er zählt zu den klassischen Kreuzfahrtrouten Europas. Geschichtesträchtige Burgen, Kirchen und Klöster aber auch barocke Städtchen, flankiert von lieblichen Weinbergen sowie unberührte Auen säumen Ihren Weg. Nicht zu vergessen die Hauptstädte Wien, Bratislava und Budapest mit ihrer ungeheuren Fülle an Kunst- und Kulturschätzen, die nicht nur Kulturinteressierte in Entzücken versetzen.

Kabinen: Helle Farben und modernes Design, kombiniert mit optimaler Raumnutzung – das erwartet Sie in Ihrer 14 m² großen Kabine, die einem First-Class-Hotelzimmer in nichts nachsteht. Das bequeme Doppelbett kann auf Wunsch getrennt gestellt werden. Auf dem Mittel- und Oberdeck sorgen die französischen Balkone (bodentiefe Panoramafenster) für beste Aussichten. Im Badezimmer finden Sie bequeme Ablageflächen. Und Ihre Garderobe können Sie schonend im Kleiderschrank verstauen.

Reisepreise pro Person:

Hauptdeck vorn:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.149,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 575,-
Hauptdeck:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.249,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 625,-
Mitteldeck vorn:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.499,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 775,-
Mitteldeck:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.549,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 775,-
Oberdeck achtern:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.649,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 825,-
Oberdeck vorn:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.699,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 850,-
Oberdeck:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.799,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 900,-

*bei Zweierbelegung

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung.

Optionale Zusatzleistungen:

Ausflugspaket: EUR 125,- pro Person
Getränkepaket: EUR 169,- pro Person

(Bitte beachten Sie: Getränkepakete können ausschließlich für die gesamte Dauer der Kreuzfahrt und für alle in der Kabine untergebrachten Personen gebucht werden. Inhalte von Minibars sind nicht in der Pauschale enthalten.)

Preisvorteil bei
Buchung bis 30.04.2019
(danach erhöhen sich die
genannten Preise um
EUR 100,- p.P.)

Kabinen-Beispiel



INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: DONAU KREUZFAHRT

Coupon ausfüllen und direkt an
Terramundi GmbH, Im Wauert 14,
46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax
0 23 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur DONAU-KREUZFAHRT

per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname

Telefon

Straße, Hausnummer

E-Mail

PLZ, Ort

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.